

Chronik der Eisenbahn-Unfälle. Aus Straßburg i. G. schreibt man uns unter dem 12. d. Mts.: Die am 28. Dezember v. J. auf dem Bahnhof zu Vendenheim stattgehabte Entgleisung des Orient-Expresszuges Paris-Konstantinopel kam kürzlich vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts zur strafrechtlichen Verhandlung. Der verunglückte Zug sollte fahrplanmäßig in Vendenheim halten; da jedoch die Luftdruckbremse versagte, konnte er erst 400 Meter hinter der Station zum Halten gebracht werden. Lokomotivführer Kettler, ein alter, seit dreißig Jahren auf der Moskauer fahrender Beamter, befand sich infolge bedeutender Verspätung und der durch das Versagen der Bremse weiter entstandenen Verzögerung in begrifflicher Erregung; er und seine Feiger wollen ein für einen Güterzug bestimmtes Signal für ein solches zum Zurückfahren gehalten haben. Infolge dessen setzte Kettler den Zug in Rückwärtsbewegung. Dies war instruktionswidrig und verursachte die Entgleisung. Denn in der Annahme, der Orientexpress sei ausnahmsweise einmal durchgefahren, hatte der Weichensteller die passierte Weiche bereits wieder in ihre Normalstellung zurückgebracht. Die Entgleisung war deshalb unvermeidlich und hätte vielleicht bedeutende Dimensionen angenommen, wenn nicht ein geistesgegenwärtiger Bremser, die Gefahr bemerkend, sofort die Nothbremse gezogen hätte. Infolge dieser Warnung hielt jedoch der Zug gerade noch in dem Augenblick, als der letzte Wagen entgleiste und sich quer über die Schienen legte, den Wagen eines auf dem Nebengleise stehenden Güterzuges aus dem Geleise hob. Die Verhandlung förderte eine Reihe von zusammenhängenden unglücklichen Umständen zu Tage, die zu gunsten des Angeklagten sprachen. Das Gericht verurtheilte den alten erfahrenen Beamten deshalb unter Zustimmung mildernder Umstände zu der geringsten zulässigen Strafe, einer Gefängnisstrafe von drei Tagen.

Im deutschen Logogebiet waren nach dem „Deutschen Kolonialbl.“ am 31. Dezember 1897 im ganzen nur 110 Europäer anwesend, unter ihnen 16 Frauen. Von den 94 männlichen Europäern sind 87 Deutsche, 1 Holländer, 2 Franzosen, 3 Engländer, 1 Schweizer. Unter den 87 Deutschen werden nur 22 Kaufleute gezählt und drei Pflanzer, die übrigen sind Beamte (81) und Missionare (25). Zwei von den Frauen halten sich nur vorübergehend in Logo auf.

Oesterreich.

Eine staatliche Dynamitfabrik, das ist der neueste Fortschritt in der Organisation des Kriegswesens in Oesterreich.

Ungarn.

Budapest, 13. April. Abgeordnetenhause. Der Handelsminister Freiherr von Daniel legte den mit Japan abgeschlossenen Handelsvertrag vor.

Frankreich.

Paris, 13. April. Wie die Morgenblätter melden, wird der Ordensrath der Ehrenlegion die Entscheidung betr. Zola erst nach der neuen Verhandlung vor dem Schwurgericht fällen, um den Anschein zu vermeiden, als wolle er das Geschworenen-Vergelt beeinflussen.

Paris, 13. April. Das „Journal officiel“ veröffentlicht das am 23. Juli 1897 in Paris zwischen Frankreich und Deutschland abgeschlossene Abkommen, durch das die Grenzen zwischen Dahomey und dem deutschen Logogebiet bezw. dem betreffenden Hinterland festgesetzt sind.

Paris, 12. April. (Wg. Ber.) Die Fassung der neuen Klage gegen Zola übersteigt alles, was man von dem Jesuitismus der Regierung bezw. des Generalstabs erwarten durfte. Während die erste Klage immerhin noch die schwersten Anklagepunkte Zola's gegen das Oesterreich-Kriegsgericht enthielt, beschränkt sich die neue Klage auf die Herabwürdigung eines einzigen Satzes aus dem Artikel Zola's, der acht Zeilenspalten füllt, und zwar des relativ mildsten Satzes, welcher also lautet: „Ein Kriegsgericht hat soeben gewagt, auf Befehl eines Oesterreichers freizusprechen, ein letzter Schlag ins Gesicht aller Wahrheit und aller Gerechtigkeit.“

Die Ausmerzung der meisten Beschwerdepunkte der ersten Klage ist die Folge der Verhandlungen des Kassationshofes, dessen Bericht-erstatler die Trennung der Oesterreich-Affäre von der Dreyfus-Affäre für ungeschicklich erklärt hatte. Die Regierung glaubt nun durch die neue Einschränkung der Klage die juristische Ausdeutung des an Dreyfus begangenen Justizmordes verhindern zu können, in dem der inkriminierte einzige Satz formal keine Andeutung auf die Dreyfus-Affäre enthält. Ueber den innewohnen sachlichen Zusammenhang der beiden Affären soll ein zweiter Delagorgue dem Generalstabe hinwegföhren.

Wird aber der Kassationshof dieses Mandatver gelten lassen, nachdem sein Bericht-erstatler ausdrücklich das presserechtlich garantierte Recht Zola's zur Erbringung des Wahrheitsbeweises für den ganzen Artikel anerkannt hat? Das die Regierung für den zweiten Prozeß die mit fünf Regimentern besetzte Stadt Versailles ausser Acht hat, wird von der unabhängigen Presse als ein weiteres Mandatver gedeutet, die Verurtheilung Zola's um jeden Preis zu erzielen. Was in Versailles an „zivilem Publikum“ aufzutreiben ist, besteht entweder aus ausgedienten Offizieren oder aus gewerblich von den Garnisonstruppen abhängigen Kleinbürgern. Dementsprechend wird auch die Zusammenfassung der Jury ausfallen.

Zum Prozeß Zola. Rochefort's Blatt „Internationale“ will aus Rom erfahren haben, daß der italienische Militärattaché Panizzardi zurückberufen werden soll, weil er nicht dagegen protestierte, in die Dreyfus-Affäre hineingezogen zu werden.

England.

Die Uebermacht der englischen Meisten im Schiffbau zeigt die Tabelle des „Flag-Register of British and Foreign Shipping“ für 1897. Trotz des für England so stark ins Gewicht fallenden Maschinenbauers-Ausflandes wurden gebaut:

	Schiffe	Tonnen-gehalt
In Großbritannien	639	1 047 951
„ Deutschland	98	191 042
„ Vereinigte Staaten von Nordamerika	88	94 598
„ Frankreich	44	84 526
„ Italien	14	48 816
„ Niederlande	45	25 871
„ Norwegen	25	17 248
„ Dänemark	18	13 589
„ Britische Kolonien	40	12 431
„ Japan	34	11 390
„ Spanien	5	9 785
„ Oesterreich-Ungarn	7	8 851
„ Schweden	14	6 984
„ Rußland	28	5 913
„ Belgien	8	1 899
Zusammen 1080		1 560 824

Nicht bloß die Hälfte der neuen Schiffe der ganzen Welt werden demnach in England gebaut, sondern, was charakteristisch für die Akkumulation in englischen Schiffverlehere ist, die größten Schiffe werden in England verfertigt, so daß fast zwei Drittel des Tonnengehalts aller im Jahre 1897 gebauten Schiffe auf England fällt. Im Durchschnitt hatte ein in England gebautes Schiff einen Gehalt von ca. 1640 Tonnen, dagegen ein französisches 1460, eines der in den Vereinigten Staaten gebauten 1075 Tonnen. Von den für den Schiffbau in betracht kommenden Staaten übertrifft bloß Deutschland mit einem durchschnittlichen Gehalte von 1990 Tonnen pro Schiff England, aber da die Gesamt-Tonnengehalt der in Deutschland gebauten Schiffe bloß 18,2 pCt. der in England hergestellten ist, so spricht dies zwar von der großen Entwicklung des deutschen Schiffbaus aber auch für den großen Vorsprung Englands. Italien hat den höchsten durchschnittlichen Tonnengehalt, für jedes im Jahre 1897 gebaute Schiff 2457 Tonnen, aber da der gesammte Tonnengehalt bloß 1/4 des deutschen und noch nicht 1/2 des englischen Schiffbaus ausmacht, fällt Italiens Schiffbau

wenig ins Gewicht. Für die maritime Weltmachtstellung und die Ungleichheit der konkurrierenden Staaten sind diese Zahlen sehr charakteristisch.

Für ein „allbritisches“ Kabel über den Stillen Ozean wird neuerdings in England wieder stärker agitiert. Die australischen Premierminister haben sich längst für ihre Länder bereit erklärt, ein Drittel der Kosten zu tragen, wenn England und Kanada die übrigen zwei Drittel decken. Kanada scheint ebenfalls für den Plan gewonnen, und England wird zur Eile angeporrt, weil eine französisch-amerikanische Kabelverbindung zwischen Australien über Neuseeland, Tahiti und die Sandwich-Inseln nach San Francisco so gut wie gesichert erscheint. Wegen der Gährung in Ostasien hält man das Werk ebenfalls für dringlicher wie je. Das erste Kabel — urtheilen die „Times“ — hat nicht nur die besten Chancen des Erfolges; er wird auch die Anlage rivalisirender Linien verzögern. Wenn das britische Kabel das Feld behaupten soll, so muß es sofort hergestellt werden.

Serbien.

Ueber die Mißwirtschaft in Serbien entrollt der Belgrader Korrespondent der „Allg. Ztg.“ folgendes erbauliche Bild: Das berühmte Geschäft, wonach die Nationalbank auf Grund eines einfachen Ukaß um 10 Millionen Banknoten mehr in Umlauf setzen wird, als es ihr bisher gestattet war, wurde hinter dem Rücken des Verwaltungsraths mit dem Gouverneur Weißert und dem Vizegouverneur Marko Stojanowitsch „vereinbart“. Exterier erhielt einen Orden, letzterer, ein ehemaliger Advokatenschreiber, der sich durch Bücher und ähnliche Geschäfte ein ansehnliches Vermögen zusammengekauft hat, ist Milan's „Rechtsanwalt“. Die auswärtigen Banken wurden von dem Vorhaben mit dem Bemerkten verständigt, daß, falls sie der Sache Schwierigkeiten in den Weg legen wollten, die Regierung genöthigt wäre, den Juli-Kupon schuldig zu bleiben. Verwandt wird der auf diese Art aufgebrachte Betrag in erster Reihe für Milan's Zwecke, dessen zahlreiche Gläubiger in Paris unruhig zu werden beginnen; doch soll auch der Ministerpräsident Georgewitsch, der nichts umsonst thut, gewisse Repräsentationsansprüche geltend machen, zu deren besserer Begründung allerlei Festgelage veranstaltet wurden. Interessant ist die Stellung der russischen Regierung zu dieser Angelegenheit, sie erscheint aber noch weit interessanter, wenn man den in der Umgehung der russischen Gesandtschaft verbreiteten Gerüchte Glauben schenken möchte, wonach man in Petersburg entschlossen sei, den restlichen Betrag des russischen Anlehens gegebenenfalls pfandrechtlich sicher zu stellen und zu diesem Behufe die von der serbischen Regierung in Frankreich bestellten Kanonen, für die bereits eine Abgabe entrichtet wurde, mit Beschlag zu belegen. Im übrigen thun Milan und Georgewitsch just so, als ob sie entschlossen wären, schon in aller nächster Zeit das Feld zu räumen. Mit fieberhafter Eile werden deshalb auch die übrigen Privatangelegenheiten, so gut es eben geht, „geordnet“, und wo man nicht willig ist, braucht man Gewalt. Geradezu empört hat ein solcher Anschlag auf den obersten Gerichtshof. Dasselbe sollte ein Erbschaftsprozeß entschieden werden, in dem sich Milan für eine der streitenden Parteien verwannte. Georgewitsch sandte nun mit der ihm eigenen Unversorgtheit einen Vertrauensmann zu den betreffenden Richtern, um sie zur Abgabe des gewünschten Votums zu bewegen. Drei Richter wiesen das Ansuchen mit Entschiedenheit zurück, wurden aber gleich darauf in den Ruhestand versetzt. So etwas ist bisher selbst in Serbien nicht vorgekommen.

Zugleich wird der „Wost. Ztg.“ aus Belgrad gemeldet, daß der frühere liberale Minister Rudowitsch unter der Anklage wegen Betruges verhaftet worden ist.

Türkei.

Konstantinopel, 13. April. Von russischer Seite werden die Nachrichten, daß man die Pforte wegen der Zahlung der Kriegsschadigungs-Rückstände bedränge, für unbegründet erklärt. Die Absicht, eine diesbezügliche Note zu überreichen, sei seit Monaten verlagert. Auch habe man nicht ausdrücklich auf der Zahlung derselben aus der griechischen Kriegsschadigung, sondern nur auf Baarzahlung bestanden, welche durch die Ottomanbank gewährleistet werden solle. Man gebe sich der Hoffnung hin, die Pforte werde ein freundschaftliches Uebereinkommen treffen.

Asien.

Die Verbreitung der Pest über ihr bisheriges Gebiet vielleicht auch nach Afrika und Südamerika, muß infolge ihres starken Auftretens in Schibda, dem Hafenplätze für den wichtigsten muhamedanischen Wallfahrtsort, Mekka, befürchtet werden. Zahlreiche Todesfälle und Exantheme an der indischen Pests werden aus Schibda und anderen arabischen Orten fast täglich gemeldet. Wohl haben einige Regierungen Wallfahrten nach Mekka, solange die Pest herrscht, streng verboten. Wichtiger wäre es, wenn die türkische Regierung zu energischen hygienischen Maßnahmen im Epidemiegebiete und zu einem strengen Abschluß dieses Gebiets gegen jeden Zugang gezwungen werden könnte. Doch solche Sorgen sind den europäischen Regierungen anheimelnd weniger wichtig, als ihre hochpolitischen diplomatischen Schachzüge.

Was hat sich in der Lage China's verändert? Die „Daily News“ nehmen ein Inventar auf über die Veränderungen, die sich bis zur Stunde nach all den Okkupationen, Pachtungen und Abtretungen der letzten Wochen in China in kommerzieller, politischer und maritimer Beziehung ergeben haben: Kommerzielle Veränderungen. 1. China verpflichtet sich, daß die Gebiete des Yang-tse-Flusses nicht an eine andere Macht verpachtet, verkauft oder abgetreten werden sollen. Das Yang-tse-Fluß ist der reichste Theil des chinesischen Reiches und bildet das beste Feld für kommerzielle Unternehmungen. 2. Die Siamgewässer China's sollen dem Verkehr eröffnet werden. Eisenbahnen sind gut für den Handel, aber sie kosten Geld. Und es nimmt auch Zeit in Anspruch, sie zu bauen. China ist besonders gut mit Wasserstraßen versehen, und diese bestehen schon. 3. In Yunnan soll innerhalb zwei Jahren ein Verkehrshafen eröffnet werden. Anderstwo sollen drei neue Verkehrsstellen hinzukommen. Letzteres hat erst gestern Arthur Bassford angekündigt. 4. Rußland bezieht Taktienwan, das mit der sibirischen und manchsichischen Eisenbahn in Verbindung gesetzt werden soll. Taktienwan soll dem Handel der Welt „unter den günstigsten Bedingungen“ offenstehen. 5. Deutschland hat Kiaotschan besetzt, das auch Eisenbahn-Verbindungen erhalten soll. Der Hafen soll ein „Freihafen“ werden. Deutschland wünscht auch kein Eisenbahn-Monopol. Vom kommerziellen Gesichtspunkt aus betrachtet sind diese von Rußland und Deutschland erlangten Vortheile und in keiner Weise ungünstig. Im Gegentheil wird die Entwicklung des Eisenbahnwesens und die ausländische Verwaltung dem britischen Handel sehr zu gute kommen. Wenn es nicht an britischem Unternehmungsgeist mangelt, müssen diese kommerziellen Veränderungen in großem Vortheil für unseren Ausfuhrhandel, unsere Ahderei und unseren Zwischenhandel resultieren. Welche Garantien haben wir aber, daß diese Aussichten auch erfüllt werden? Um diese Fragen zu beantworten, müssen wir zu den politischen Veränderungen übergehen. Diese sind: 6. Englische und deutsche Firmen haben eine chinesische Anleihe übernommen. Das hat kommerzielle wie politische Bedeutung, weil die Anleihe, wenn die Bedingungen streng durchgeführt werden, dem Handel einen bedeutenden Anreiz geben wird. 7. England ist die Kontrolle des chinesischen Seehandels garantiert, solange der englische Handel nach China größer ist als der eines anderen Landes. Damit ist die christliche und unrichtige Leitung eines wichtigen chinesischen Verwaltungsdressorts gesichert. 8. Rußland hat sich einzuweilen von Korea zurückgezogen. Der Versuch, McHenry Brown abzuführen, ist aufgegeben worden. 9. England wird, auf Ersuchen China's, chinesischen Marine-Offizieren besondere Gelegenheit zur Ausbildung geben. Was endlich die Veränderungen betrifft, die sich im Marinewesen vollzogen haben, so stellt sich die Sache so: 10. Rußland hat die Festung Port Arthur besetzt. Nach den jüngsten russischen Versicherungen hat Rußland die Absicht aufgegeben, es zum Handelshafen zu machen. Dagegen wird Port Arthur den Kriegsschiffen aller Nationen ebenso offen stehen, wie es unter chinesischer Verwaltung der Fall war. Im Westen aber wird es das Sebastopol des fernem Ostens werden.

11. England hat die Abtretung Weichaiwei's unter denselben Bedingungen erlangt, wie Rußland die Port Arthur's. Ueber diese Angelegenheit haben die Minister wenig neue Ausschlässe gemacht. Japan ist freundlich gesinnt, und es besteht keine Gefahr, daß Deutschland Schwierigkeiten bereiten wird.

Koreanisches. Aus Yokohama wird telegraphirt: Der neue russische Gesandte in China Spreyer und der russische Finanzrath Alzejew haben Seoul verlassen und sich nach China begeben. — Berichten zufolge soll im Innern Korea's ein Aufstand ausgebrochen sein.

Bei den auf der Balkanhalbinsel gesammelten Erfahrungen der russischen Agenten wird es ihnen leicht sein, auch in Korea „Revolutionen“ zu arrangiren, um durch dieselben den Vorwand einer bewaffneten Intervention sich zu schaffen.

Afrika.

Der Siegesnachricht der Engländer folgt eine französische Hubschiffahrt auf dem Fuße. Der Pariser „Matin“ erhält aus der abessinischen Hauptstadt Addis-Ababa die briefliche Meldung, die Expedition des Majors Marchand sei vollständig gescheitert; Marchand sei von seinen Gefährten und Lenten verlassen und sege die Reise fast allein fort.

Der Zweck dieser mißglückten Expedition war die Herstellung einer Verbindung der westafrikanischen Besitzungen Frankreichs mit dem ägyptischen Hinterlande. In England wird man dem Mißerfolge der so gescheiterten Franzosen keine Thränen nachweinen.

Amerika.

Kanada will sein Zollgesetz nunmehr dahin abändern, daß die Zollvergünstigungen nicht mehr allen Staaten eingeräumt werden können, soweit sie entsprechende Gegenleistungen gewähren, sondern ausschließlich England, Indien, Neuseeland, Brasilien und Westindien. Wegen des bis Ende Juli laufenden englisch-deutschen Handelsvertrages kam bekanntlich die Bevorzugung Englands bisher auch Deutschland ohne weiteres zu gute. Nach dem neuen Plane des Finanzministers Fielding würde das in Zukunft selbst durch deutsche Zugeständnisse nicht mehr zu erreichen sein. Zudem wird man gut thun, ausführliche Berichte abzuwarten.

Zollvergünstigungen sollen herbeigeführt werden für Rohzucker von 60 auf 66 1/2 Cents pro Zentner, für raffinirten Zucker von 1 Dollar auf 1 1/4 Dollar. Der westindische Rohzucker soll jedoch 25 pCt. weniger Zoll wie der Rübenzucker aus Brämländern zahlen, ebenso soll der Konsumzucker zollbegünstigt sein, der ganz aus britischem Kolonialzucker gewonnen ist. Dr. Fielding bestonte dabei nach dem „Times“ die Nothlage Westindiens, daß zu einem reichen Absatzgebiet für Kanada werden könne, während es heute von den Vereinigten Staaten fast monopolisirt sei; auch auf das Band imperialistischer Zusammengehörigkeit wies er hin.

Die englischen Blätter sind bisher sehr still: einmal wird ihnen die Sache nicht allzu wichtig erscheinen, und dann paßt das Vorgehen sehr wenig zu der sonst so laut verkündeten Politik der gleich „offenen Thore“ für die Waaren aller Länder. Kanada wird sich wahrscheinlich die Sache nochmals überlegen, wenn es erst die Erfahrung macht, daß andere Länder ihrerseits auch die Konsumzucker Kanada's bei ihrer Einfuhr bevorzugen können. Den Zucker-Differenzialzoll begreifen wir als Gegner der Zuckerprämien natürlich ganz wohl.

Die Lage in Brasilien wird von der in San Paulo erscheinenden „Germania“ trostlos geschildert. In einem Artikel, der mit den Worten „Staatsbankrott oder Revolution!“ beginnt, findet sich die folgende Stelle:

Die Lage ist eine trost- und hoffnungslose, und nur noch heroische Mittel können helfen, wenn es nicht auch für solche schon zu spät ist. Unser Vertrauen im Auslande ist gänzlich geschwunden, der Unternehmungstrieb im Innern, dessen keine Nation entbehren kann, ist auf Null gesunken. Die gegenwärtige Regierung aber hat den unwiderleglichen Beweis geliefert, daß ihr weder das Können noch die Energie zu eigen ist, diese unheilbaren Zustände zu beseitigen. Sie wandelt nach wie vor auf falschem Wege. Alltäglich dringen Gerüchte in die Oeffentlichkeit, welche von der bedenklichsten Ausgabe einer Papier-Emission, und von zum Glück bisher mißlungenen Versuchen externer und interner Anleihen berichten. Wohin soll und kann das führen? Bedenkt man denn gar nicht, daß unsere schon heute bis zur äußersten Grenze entwerthete Landemünze logischerweise durch jeden neuen Papierschein um ein weiteres entwerthet werden muß?

In den „Sozialistischen Monatsheften“ veröffentlicht Genosse Ledebour einen Artikel „Wie die Sozialdemokratie an den Opportunismus gewöhnt wird“, in dem er die schon in einer Vorammlung vorgebrachte Beschwerde über die Ablehnung seiner Vorkandidaten gegen die Veröffentlichung des Wortes über die Heimischen Kandidatenrede ausführlich wiederholt. Da es nicht das erste Mal ist, daß der „Vorwärts“-Ledebour'sche Parteilichkeit abzuwehren sich in der Lage sah, so begreifen wir, daß der Genosse sich einigermaßen gekränkt fühlt. Wenn er jedoch sein Gefühl des Unwillens gegen die Redaktion in die giftigsten Formen kleidet und wenn er andererseits aus der Nichtaufnahme seiner Darlegungen die größten Parteigefahren wittert, so beneiden wir den Genossen weder um das darin hervortretende Despit an gutem Geschmach noch um die hohe Ueberzeugung von der Wichtigkeit seiner Person als des „Schärfsten des Parteigewissens“, wie er sich selbst öffentlich bezeichnet hat.

Wir haben aber keinerlei Veranlassung, uns mit den Einzelheiten der Ledebour'schen Unglücklichkeiten hier zu befassen und ausführlicher die Korrektheit unseres Verfahrens gegenüber Ledebour nachzuweisen. Wie wir schon mittheilten, hatte sich Ledebour bereits bei der Preßkommission beschwert und ist auch dort abgewiesen worden. Mag er sich an die weiteren Beschwerde-Instanzen wenden, da werden wir ihm gern Rede stehen.

Parlamentarisches.

Das Verzeichniß der unerledigten Vorlagen ist im Abgeordnetenhause gestern ausgegeben worden. Danach sind noch nicht durchberathen 15 Regierungsvorlagen, 5 Kommissionsberichte über Anträge, 9 Initiativanträge, 2 Interpellationen, 29 Kommissionsberichte über Petitionen. Von den Regierungsvorlagen stehen u. a. zur 2. und 3. Berathung: der Gesetzentwurf über die Disziplinär-Bestimmungen der Privatdozenten an den Landesuniversitäten, der Gesetzentwurf über das Auerrecht bei Landräthen in der Provinz Westfalen, der Gesetzentwurf über das Dienstverkommen der Marine. Die erste, zweite und dritte Berathung haben noch zu erfahren u. a. der Gesetzentwurf über die Erweiterung und Bervollständigung des Staatseisenbahnnetzes und die Theilnahme des Staates an dem Bau von Kleinbahnen. — Unter den Kommissionsberichten über Anträge befinden sich die der Budgetkommission über die Anträge v. Arnim, betreffend die Erhöhung des Einkommens der Höfster, Köhler, betreffend die Verbesserung der Gehälter der Lehrer an den vom Staate und andern gemeinsam unterhaltenen Lehranstalten, der Agrarkommission über den Antrag des Abg. Gerold, betr. Uebernahme der Kosten thierärztlicher Untersuchungen auf die Staatskasse. Von den Anträgen stehen noch zur Berathung die der Abgeordneten Baensch-Schmidlein und Seydel (Girschberg), betreffend die Neuorganisation der Schulunterhaltungsämter, des Abgeordneten Camp, betreffend die Revision der zur Ausführung der reichsgesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagruhe erlassenen Verordnungen, der Abg. v. Wendel-Steinfeld und Ding, betr. Maßregeln gegen Viehseuchen sowie Einführung der obligatorischen Fleischschau, der Abgeordneten Nicker und Träger auf Annahme eines Gesetzentwurfs, betreffend den Religionsunterricht der Kinder von Dissidenten. Die beiden einzigen Interpellationen dieses Jahres stehen auf den 19. d. M., nämlich die Interpellation Szmula, betreffend die Beseitigung des Mangels an Rindgen Diensten und landwirtschaftlichen Arbeitern in den östlichen Provinzen, und des Abg. v. Brodhagen, betreffend den Detailhandel der Waarenhäuser u. s. w. — An einen Schluß vor Pfingsten ist der „Deutschen Tagesztg.“ zufolge, unter keinen Umständen zu denken.

Wahlbewegung.

In Bremen und Angermünde haben die Vertrauensmänner-Versammlungen des Bundes der Landwirthe sich einstimmig für den von den konservativen Parteien aufgestellten Kandidaten Herrn v. Winterfeldt-Mentke ausgesprochen.

In Posen wird wahrscheinlich Landtags-Abgeordneter Rottig als Kandidat der sog. polnischen Hospartei aufgestellt werden; man hofft, daß der Kandidat der polnischen Volkspartei, Andrzejewski, noch zurücktreten werde.

Im 12. Hannover'schen Wahlkreise Göttingen-Münden ist der Prof. Dr. Esser aus Göttingen aufgestellt worden. Der „Dann. Courir“ erwartet, daß diese Kandidatur die Zustimmung des Bundes und der Nationalliberalen finden werde.

Die feindlichen Brüder der Sammlungs-politik fahren fort, sich gegenseitig vorzuwerfen, daß sie bei dem Kompagniegeschäft die Störenfriede seien. Heute hält die „Deutsche Tageszeitung“ den Nationalliberalen wieder zwei Sündenfälle vor. In Rothenburg-Hoyerswerda wollen diese den frei-konservativen Grafen von Arnim nicht unterstützen und im Wahlkreise Sondershausen haben sie dem Oberamtmanne Börner, obwohl er der nationalliberalen Partei beitreten will, einen Herrn Sombart aus Magdeburg entgegengestellt.

Die pfälzischen Nationalliberalen haben sich nun ganz und gar dem Bunde der Landwirthe verschrieben. Sie haben sogar auf die Forderung verzichtet, daß die von beiden Parteien gemeinsam aufgestellten Kandidaten der nationalliberalen Reichstagsfraktion beitreten müssen.

Vom Bunde der Landwirthe ist in Ulm der Rechtsanwalt Oswald Ulm, im Kreise Merzenheim der Stadtpfarrer Haug-Langenau aufgestellt.

Im Dehringer Kreise (Württemberg) ist, nach den „Münchener Neuesten Nachrichten“, Schultzeis Dröbner von Heilbronnhausen von Mitgliedern des „Bundes der Landwirthe“ als Reichstagskandidat aufgestellt worden.

Das „Journal de Colmar“ meldet, der Reichstags-Abgeordnete Spies werde bei der bevorstehenden Wahl seine Kandidatur im Wahlkreise Schlestadt nicht wieder aufstellen. An Stelle des Herrn Spies werde der Rechtsanwalt Bondersee aus Strazburg kandidiren.

Partei-Nachrichten.

Todtenliste der Partei. In Gera ist der Parteigenosse August Leucher gestorben. Er war Ende der 70er Jahre verantwortlicher Redakteur der von Bräuer redigirten „Reichsboten“ und hat sich eine Gefängnißstrafe von 3 Monaten zuzug. Durch sein mannhaftes Eintreten für die Interessen des Proletariats hat er sich bei der Arbeiterschaft Gera's ein dauerndes Andenken gesichert.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Vom Landgericht in Königsberg i. Pr. wurde der Parteigenosse Erdmann, Redakteur an der „Königsberger Volksstimme“, wegen Beleidigung des Landraths Brausch in Insterburg zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt.

Gegen die Freisprechung des Redakteurs der „Tribüne“ in Grlitz, Heinrich Schulz, von der Anklage der Beleidigung des Bürgermeisters Knobloch in Sangerhausen hat der Staatsanwalt Revision beim Reichsgericht eingelegt.

Kongress der Schuhmacher Deutschlands.

Samstag-Sitzung. Telegrame sind eingegangen von den Zahlstellen Magdeburg, Meß. — In der Diskussion leucht Strähling-Offenbach die Aufmerksamkeit auf die Lohnfrage und den Arbeitsnachweis. Statt eines einheitlichen Tarifs wünscht er Garantie eines Mindestlohnes, dazu zunächst Befreiung der Akkordarbeit. Der Arbeitsnachweis sei mehr den Kommunalverwaltungen zuzuweisen.

Weiß-Weißensfeld tritt für stabilere Organisation ein und für Unterstützungskassen. Die Weißensfelder Krankenzusatzkasse hat günstige Erfolge. An Stelle des Tarifs empfiehlt er Befreiung der Akkordarbeit. Der Tarif sei wegen der Verschiedenheit der Arbeit schwerer zu erreichen, als bei den Buchdruckern. Durch die Eröberung des Arbeitsnachweises würden die Maßregelungen nicht befeitigt. Bei uns verlangen die Fabrikanten einen „ordnungs-mäßigen“ Entlassungsschein.

Hermann-Berlin: Der Zusammenschluß der Fabrikanten ist durch die Entwicklung begründet und arbeitet der weiteren vor, da der einzelne dort keine Selbstständigkeit ausübt. Es ist zu prüfen, ob nicht die Entscheidung über Streiks den Organisationen zu übertragen ist. Wer die Opfer bringt, muß auch entscheiden, ob ein Kampf angebracht ist. Vereinigungsgesetze bedeuten stehen nicht entgegen. Doch dürfen wir die untersten Schichten, die nach Hebung streben, nicht zurücklassen, auch wenn es Opfer kostet. Der Arbeitsnachweis muß in unsere Hände. Maßregelungen verbindet das nicht, aber er ist dann keine Waffe der Unternehmer. Mit dem Kistenwesen muß gebrochen werden.

Ein Antrag Offenbach ist eingegangen: Bei allen Lohnbewegungen ist die Abschaffung des Akkordsystems in den Vordergrund zu stellen.

Simon-Erlurt: Seit dem letzten Kongress sind fast alle Bewegungen verunglückt. Es ist zweifelhaft, ob selbst die Mehrheit der Arbeiter für Befreiung der Akkordarbeit zu haben ist. Lohn-tarife solle man für die einzelnen Städte verlangen, nicht einen einzigen, da die Arbeit zu verschieden ist. Die procentuale Abgabe ist nicht überall durchzuführen. Die Zahl der Austritte war früher noch größer. Vor acht Jahren hatten wir auch 15 000 Mitglieder, die in zwei Jahren auf 7-8000 sanken.

Boch betont, daß er keine allgemeinen gleichen Lohn, sondern nur für gleiche Arbeit gleichen Lohn fordere.

Hahnemann-Nürnberg: Die Nürnberger Zustände gehören zu den schlechtesten. Die Schoorarbeiter führten im vorigen Frühjahr einen Lohnkampf, der theilweise Erfolg hatte. Die schlechtesten Verhältnisse sind in den fränkischen Schuhfabriken, die auf alle übrigen drücken. Unter 1500 Arbeitern sind dort 3-600 Fabrik-ler, sonst alles Heimarbeiter, die ohne Versicherungswang bei Stellung der Futturen und Werkzeuge durch lächerlich niedrige Prämien zu maßloser Arbeit angetrieben werden; bei 15-18stündiger Arbeitszeit 15-18 M. Wochenlohn mit Hilfe der Familie. Fiktional auf dem Lande.

Schaper-Barmen weist auf die verschiedenen Ursachen der Lohnrückfälle hin, so das Entstehen der Schnellschleiererei.

Handschuh-Weißensfeld: Zur Hebung der Organisation ist das Unterstützungswesen auszubauen und Ordnung in die Erhebung der Beiträge zu bringen. Nach der Aussperrung sind in Weißensfeld weniger Mitglieder ausgetreten, als neu gewonnen wurden.

Grünmayer-Offenbach: Keine Streiks um kleine Dinge! Unser Antrag gegen das Akkordsystem bezweckt nur, wo es möglich ist, dessen Abschaffung zu verlangen; auch viele Fabriken werden damit sympathisiren.

Kölle-Hamburg: Die Befreiung der Akkordarbeit ist schon im Verbandsstatut als Ziel aufgestellt. Die Meister selbst sind vielfach dagegen, weil kein Minimallohn garantiert ist. Manche können auch nicht genug bekommen. Die Logiesarbeiter sind dagegen, weil sie dann auf Werkstatte arbeiten müßten. Wir stießen vor 2 Jahren mit der Forderung der Abschaffung viele ab, ebenso in Bremen. Die Veröffentlichung von Lohnlisten ist bei den Fabrikanten jetzt Mode, nur sind sie stark gefährdet. Eine Lohnstatistik für die einzelnen Branchen ist notwendig. Nebenher begründet die Eröberung des Arbeitsnachweises ebenfalls mit der Analogie der Waarenbörse. Die städtischen Nachweise werden in den meisten Orten unseren Gegnern zu Diensten sein.

Weber-Berlin: Der Arbeitsnachweis der Fabrikanten dient immer zur Bekämpfung der Streiks, auch wenn die Fabrikanten diese nicht durch Aussperrung der gesamten Arbeiter unberechtigt erklären. Er weist dann nur der im Streit be-

findlichen Fabrik Arbeiter zu, wodurch die Arbeitslosigkeit steigt. Nach Berlin findet großer Zugang statt, obwohl hier die Löhne geringer sind als in der Rheinregion. In einer Fabrik bieten sich oft 20 Arbeiter an einem Tage an. Bei den Bessergestellten kommen wir mit Abschaffung der Akkordarbeit nicht an.

Kieriem-München: Viele sind mit der Gewerkschaft unzufrieden, da andere mehr leisten. In der Agitation wird viel verfaßelt. Schauerliche Zustände in Augsburg, wo eine Organisation fast unmöglich ist. In kleineren Orten Südbayerns gründen man jetzt fast ausschließlich kleine Fachvereine vereinigter Gewerkschaftsvereine, die sich in Sektionen gliedern. In München ist heute in jeder Fabrik die Mehrheit organisiert. Arbeitslosen-Unterstützung ist nöthig, ebenso frühzeitige Beitragsleistungen der Streikflüchtigen, die durch ihre Beiträge dann zusammengehalten werden.

Ein Antrag Erfurt ist eingegangen: Eine fünfjährige Kommission zur Feststellung der Lage der Arbeiterinnen zu wählen. Das Material soll im Februar 1899 von einer Konferenz der Vertrauensleute und des Vorstandes bearbeitet und danach weitere Maßregeln beschlossene werden.

Höbnermann-Birmasens schildert die dortigen Verhältnisse als tief traurig. Viele Heimarbeiter, die bis zu 9 Stunden entfernt wohnen. Also keine Aussicht auf Befreiung der Akkordarbeit. Die Heimarbeit sei heute noch billiger, als die Maschinenarbeit. Zwölfstündige Arbeitszeit; die Arbeiterinnen nehmen noch Arbeit mit nach Hause, oft ohne Wissen der Unternehmer. Besondere Mißbräuch ist das „Gutgeld“: wöchentliches Lohnabzug von 1-2 M., das zu Weihnachten dem Arbeiter, wenn er noch in der Fabrik ist, ausbezahlt wird.

Rowat-Berlin ist gegen den Antrag Erfurt. Wir haben Kommissionen genug. Das Material kann man an den Hauptvorstand senden.

Häbel-Delitzsch: Eine Agitationskommission bereitet doch regelmäßige Hausagitation mit gutem Erfolg. Vor 2 Jahren 126, jetzt gegen 300 Organisirte (von über 200). So wurden ohne Streiks Lohnausbesserungen bis um 3 M. per Woche erzielt.

Kölle theilt mit, daß 51 Delegirte 98 Orte vertreten. 25 sind Hand-, 26 Fabrikarbeiter. Schluß 6 Uhr.

Zweiter Verhandlungstag.

Mainz, 12. April.

Vormittags-Sitzung. Nach weiteren Ausführungen von Walter-Schwein, Dirse-Halle, Gliese-Frank a. M. und Stolle-Erfurt wurde die Resolution Boch einstimmig angenommen.

Zum Antrag Erfurt erklärt Simon, daß sie sich nicht auf eine besondere Kommission stützen, sondern einverstanden sind, die Aufgabe den Agitationskommissionen zu überweisen.

Kölle empfiehlt, die Resolution zurückzustellen für die Generalversammlung.

Die Antragsteller sind einverstanden.

Der Antrag Offenbach (Akkordarbeit betr.) wird auf Empfehlung Kölle's zurückgezogen, nachdem Grünmayer auf die Bedeutung der Sache hingewiesen hat.

Kölle weist nochmals auf die Bedeutung hoher Beiträge hin.

II. Die Lohnbewegungen von 1896-98.

Referent Siebert: Der Beschluß von Kassel (1896), nem-ständige Arbeit und Lieferung der Futturen zu fordern, sollte keine allgemeine Kampfform sein, sondern nur der Bedarf für die Indifferenten. Aus Mißverständnis erfolgten viele Streiks, die man hätte vermeiden können. Die Kollegen überschätzen häufig ihre Kräfte, unterschätzen das Heer der Streikbrecher, die gerade an die Stelle der zuverlässigsten Leute treten. Der Kongress muß gegen ausschließliche Streiks Stellung nehmen. Nur solche Lohnbewegungen, die auf Abschaffung der Akkordarbeit abzielen, sollen vornehmlich unterstützt werden. Auch die Arbeiterinnen müssen in die Organisation gezogen werden. Streikende Zwiider ersetzt die Zwiidmaschine. Die Einführung des Zeitlohnes würde die enbloßen Taxifreistigkeiten befeitigen.

Von Oktober 1896 bis März 1898 fanden statt: 52 Streiks, die beim Verein angemeldet wurden, davon 22 Abwehr-, 27 Angriffs-streiks, 3 Ausperrungen. Nach der Urfrage: Lohnabzug 11, Maßregelung 8, Nichterhaltung der getroffenen Vereinbarungen 1, Maßregelung eines Arbeiters 1, Lohnrückgang-Forderung 15, Abkürzung der Arbeitszeit 5, Abschaffung der Futturen 4, Feier des ersten Mai 2, Befreiung der Hausindustrie 1. Betheiligt waren 6199 Arbeiter, davon 3777 Mitglieder des Vereins bei Ausbruch der Streiks. Zusammen umfaßten sie eine Zeit von 185 Wochen. An Unterstützung leistete der Verein 78 695,60 M., dazu kommen freiwillige Beiträge 68 350,77 M., Gesamtausgabe 147 046,37 M. Streikbrecher fanden sich bei 25 Streiks, Erfolg hatten 21, theilweise 9, keinen 18. Durch Vergleich endeten 3. Keine Woche ohne Streiks. Dazu viele Lohnbewegungen ohne Streik.

In der Großindustrie sind nur einzelne Organisationen tüchtig. Die Fabrikarbeiter sind heute bereits die Mehrheit. Aber die Einsicht sollte bei ihnen. Organisiren sie sich, so sollen auf einmal alle Uebelstände befeitigt werden. Vorher lassen sie sich gegen einander auspielen und erdulden alles. Dann soll der Streik die Wünschelrute sein. Wenn der Fabrikant keine Arbeiter braucht, provoziert er durch Maßregelung einen Streik. Solche prinzipiellen Streiks können wir heute noch nicht gewinnen. Es muß zuerst bei den schlechtesten Zuständen angefangen werden, damit wir die Streikbrecher los werden. Die Leitung, die die Ueberricht hat, muß entscheiden über die Aussicht der einzelnen Streiks. Genaue Berichte und zielbewusste Organisation der Zustände sind notwendig. Manche streiken gern ein paar Tage, nachher laufen sie wieder in die Fabrik. Geschulte Leute gehören an die Spitze. Vergebens wir nicht unser Geld für Streiks, verwenden wir es für Organisation und Agitation!

Folgende Resolution ist von Berlin und Erfurt beantragt: In Erwägung, daß durch die Koalition der Unternehmer voranzusetzen ist, daß die Kämpfe auf wirtschaftlichem Gebiete in Zukunft an Umfang und prinzipieller Bedeutung sich verschärfen werden, ist es unbedingt notwendig, unsere Organisation neben der notwendigen Ausbreitung und Vertiefung der Grundsätze finanziell so zu gestalten, daß wir den bevorstehenden Kämpfen gewachsen sind. Deshalb beantragen die Berliner Kollegen:

1. Neben den Vereinsbeiträgen werden die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeiter verpflichtet, folgende procentuale Sätze an den Streikfonds abzuführen. Bei einem wöchentlichen Verdienst bis 12 M. 10 Pf. von 18-25 " 20 " von 25-30 " 30 " über 30 " 50 "

2. Die Entscheidung über Ausstände und die örtliche Leitung derselben sind in die Hände des Zentralvorstandes zu legen. Hermann-Berlin giebt in 14stündiger Rede eine ausführliche Darstellung der Vorgeschichte und des Verlaufes der letzten Bewegung im Berliner Schuhmachergewerbe; er empfiehlt die Annahme der Resolution.

Nachmittags-Sitzung. Die Diskussion über die Streiks wird fortgesetzt. Das Resultat der stundenlangen Debatte ist die Ueberweisung der Berliner Resolution und des Streikreglements-Entwurfs an die Generalversammlung des Verbandes.

III. Anträge.

Auf einen Antrag Siebert bezüglich des Boykotts über die Firma Tac u. Co. in Burg wird nach längerer Diskussion der Zentralvorstand beauftragt, mit Tac in Verbindung zu treten, um die Aufhebung dessen Boykotts über die Bereindmitglieder gegen Aufhebung des Boykotts über die Firma herbeizuführen.

Bezüglich des Fachblattes theilt Kölle mit, daß keine Bewerbe bei der Preßkommission eingegangen ist. Von einer Diskussion über die Haltung des Blattes wird Abstand genommen. Kölle schließt um 7 Uhr den Kongress mit Hinweis auf die Bedeutung der gesprochenen Verhandlungen und dem Appell zu träftiger Organisationsarbeit.

Dritter Kongress der in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Gera, 11. April 1898.

Im Anschluß an die gestern zu Ende geführte Generalversammlung findet heute ein Kongress der Textilarbeiter statt. Anwesend 59 Delegirte, der nationale und internationale Vertrauensmann der Textilarbeiter, Redakteur Wagner und die Leitung des Fachorgans. Die Generalkommission der Gewerkschaften vertritt Reichstags-Abgeordneter Legien-Hamburg. Als Vorsitzende fungiren Reichelt-Burgstädt und Gerny-Gera; als Schriftführer Wagner-Burgstädt, Gladewitz-Zwickau und Georgi-Blaichau.

Tagesordnung: 1. Presse und Neuwahl der Preßkommission. Es wird gewünscht, daß der „Textilarbeiter“ etwas interessanter und „feurer“ ausgestattet, besonders aber auf wissenschaftliche Artikel mehr Werth gelegt werde. Die Redakteure können bei dem jetzigen Etat eine wesentliche Verbesserung nach dieser Richtung hin nicht in Aussicht stellen. Es wird beschossen, daß die Leitung des Blattes außerhalb der Redaktion stehende Mitarbeiter mit ihrem Gehalt nicht engagiren, sondern wissenschaftliche Artikel nach Bedarf und diese ihrem Werthe entsprechend bezahlen soll. Auch soll sich die Redaktion mehr als bisher an das vor mehreren Jahren von der Preßkommission aufgestellte Programm halten. Die bestehende Preßkommission wird wieder-gewählt.

2. Agitation. Zunächst wird hier dem Bedauern darüber Ausdruck gegeben, daß Gera, wo die Verbandleitung ihren Sitz hat, auf dem Kongress nicht vertreten ist. Es erweckt dies den Ansehen einer Demonstration gegen den Kongress, der doch in mancher Beziehung von weittragender Bedeutung sei. — Während im weiteren der Nürnberger Delegirte dem christlich-sozialen Verband die Lebensfähigkeit abspriicht, ist der Delegirte für Kreisfeld der Ansicht, daß diese Bewegung in manchen Distrikten doch an Boden gewinnen kann, wenn ihren Agitatoren nicht rechtzeitig und mit Geschick entgegengetreten wird. Am Niederrhein habe man den Pastoren und sonstigen christlichen Agitatoren das Wasser dadurch von der Mühle gelenkt, daß man sich mit den Nicht-organisirten auf bestimmte Forderungen einigte, wie sie die christlichen Agitatoren nicht zu stellen wagen. Der Verbandsvorsitzende Hübsch-Berlin sucht das Fernbleiben der Berliner mit der zu spät erfolgten Einberufung des Kongresses zu entschuldigen. Man habe nicht mehr Zeit gehabt, Stellung dazu zu nehmen, auch sei die Form der Einberufung eine solche gewesen, daß man habe annehmen können, es handle sich um eine Konferenz sächsischer Delegirter. Von anderer Seite wird demgegenüber darauf hingewiesen, daß andere Filialen trotz der angeblich zu spät erfolgten Einberufung doch vertreten sind.

Es wird eine Resolution angenommen, die besagt, daß, um die Agitation intensiver betreiben zu können, überall da, wo es angängig erscheine, Agitationsbezirke gegründet werden sollen.

3. Der Posadowsky'sche Erlaß. Die Ausführungen des Referenten Redakteur Wagner-Burgstädt gipfeln in einer entschiedenen Verurtheilung der Absicht der Regierung, das eigentlich nur auf dem Papier stehende Koalitionsrecht der Arbeiter noch mehr zu beschränken. Er empfiehlt die Annahme folgender Resolution: „Der Kongress ermahnt in dem Posadowsky'schen Erlaß einen weiteren Versuch zur Verschlechterung des schon so beschränkten Vereinigungsrechts der Arbeiter, gegen die er im Interesse einer ungehemmten Entwicklung der Gewerkschaftsorganisationen mit aller Entschiedenheit protestirt. Er fordert im Gegenzug zu den arbeitser-feindlichen Bestrebungen einer reaktionären Regierung vollkommene Vereinigungsrecht für alle Klassen der Gesellschaft.“ Diese Resolution wird einstimmig angenommen.

4. Stellungnahme zu den deutsch-englischen Handelsverträgen. Hier wird es vom Referenten Gladewitz-Zwickau entschieden verurtheilt, daß man die Unternehmerorganisationen in Industrie und Landwirtschaft gefragt, die Arbeiter zu hören aber als „später vielleicht“ in Aussicht gestellt habe. Die Arbeiter könnten verlangen, daß sie unbedingt gehört werden. Es wird folgende Resolution angenommen:

Der Kongress hält es für notwendig, daß bei den Vorarbeiten zur Ausarbeitung neuer Handelsverträge von den dazu eingesetzten wissenschaftlichen Kommissionen bei den Erhebungen über die Lage der Textilarbeiter und Arbeiterinnen auch diese befragt werden. — Mit der weiteren Verfolgung dieser Angelegenheit wird das noch zu wählende parlamentarische Komitee beauftragt.

5. Befreiung der industriellen Gefängnißarbeit. Nach kurzer Debatte wird auch diese Angelegenheit dem parlamentarischen Komitee überwiesen.

6. Wahl eines parlamentarischen Komitees. Mit Rücksicht darauf, daß die Regierung gegenüber den Resolutionen, die auf den Arbeiterkongressen beschloßen werden, ziemlich dickfellig ist, hält man es für angebracht, ein Komitee zu wählen, das die Kongress- und sonstigen Beschlüsse der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu übermitteln hat. Diese Funktionen des parlamentarischen Komitees werden dem Vertrauensmann Wagner-Burgstädt übertragen. An das parlamentarische Komitee werden noch überwiesen die Punkte: Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Hausindustrie sowie die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren.

Stellungnahme zum internationalen Textilarbeiter-Kongress. Es wird beschloßen, die Wahl der Delegirten zu dem im nächsten Jahre in Deutschland tagenden internationalen Kongress den einzelnen Landeskonferenzen zu übertragen. Als Ort für diesen Kongress wird Berlin, als Ersatz Hamburg bestimmt.

Der nationale wie internationale Vertrauensmann, Redakteur Wagner-Burgstädt wird für die folgenden zwei Jahre wieder-gewählt.

Streikfonds-Bestand 966,80 M. Ein Antrag, anstatt der 10 Pf.-Marken 25 oder 50 Pf.-Marken einzuführen, wird mit Rücksicht darauf, daß es jetzt schon schwer hält, Marken umzusetzen, abgelehnt. Als Sitz für das Streikfonds-Komitee wird Gera bestimmt. In Anschluß an die nächste Generalversammlung soll abermals ein Kongress abgehalten und hierfür zwei Verhandlungstage angelegt werden.

Mit dem Wunsche, daß trotz aller Versuche, die Arbeiter-Organisationen zu vernichten, diese mehr und mehr erstarken mögen, schließt der Vorsitzende den Kongress mit einem dreimaligen Hoch auf die nationale wie internationale Textilarbeiterschaft.

Generalversammlung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Göttingen, den 12. März.

In der Eröffnungssitzung am 11. d. M. abends, fand die Kon-stituirung der Generalversammlung statt.

In der Sitzung am 12. d. M. berichtete die Mandatsprüfungs-Kommission, daß mit den Vertretern des Ausschusses, des Vorstandes und der Zeitungskommission 82 Delegirte anwesend sind. Zu Vorsitzenden wurden Klotz-Stuttgart und Eisinger-Nürnberg gewählt. Hierauf wurde in die Debatte über die Arbeitslosen-Unterstützung eingetreten. Der Vorstand hatte zur Information für die Delegirten einen ausführlichen schriftlichen Bericht mit statistischen Angaben über die Arbeitslosen-Unterstützungen sämtlicher Gewerkschaften, ihre Leistungen und Beiträge vorgelegt. Betont wurde, daß eine sichere statistische Unterlage über die Arbeitslosigkeit im Beruf der Holzarbeiter nicht zu gewinnen ist, und auch die Ergebnisse der von den einzelnen Berufen gegebenen finanziellen Aufschlüsse eine sehr verschiedene Juaussprache der Masse zeigen. Die Einführung dieses Unterstützungsweges selbst empfahl der Vorstand, nur mit Zustimmung der Mitglieder vorzunehmen, das heißt, eine Urabstimmung in der Sache herbeizuführen. Vor-geschlagen wurde:

1. Die Unterstützung wird erst nach einjähriger Karenzzeit gewährt, d. h. alle, auch die alten Mitglieder, können diese Unterstützung erst erhalten, wenn dieselben ein Jahr lang den erhöhten Beitrag geleistet haben.

2. Für die erste Woche der Arbeitslosigkeit wird keine Unterstützung gewährt.

3. Die Unterstützung darf innerhalb eines Jahres, vom ersten Unterstützungsstage an gerechnet, die Höhe von 48 M. nicht übersteigen und kann, nachdem ein Mitglied ausgeteilt ist, erst nach Verlauf eines Jahres wieder gewährt werden.

4. Der Wochenbeitrag ist um 10 Pf., also von 20 auf 30 Pf. zu erhöhen.

Die Reise-Unterstützung soll dann ebenfalls bis zum Höchstbetrage von 48 M. innerhalb des Jahres gesteigert werden. Es stellt sich nach eingehender Berechnung an der Hand des bisherigen Materials heraus, daß die Reise-Unterstützung bei einer Unterstützung von 1 M. pro Tag eine jährliche Mehrbelastung von 24 141,25 M. verursachen würde. Es empfiehlt sich deshalb, die Höchstgrenze auf 48 M. zu bemessen, dagegen die Kilometerberechnung und Mindestgrenze von 50 Pf. bei der Reise-Unterstützung beizubehalten, wodurch die Mehrkosten sich bedeutend vermindern und ungefähr die Summe von 6633,25 M. betragen dürften.

Aus dem Reglement, das vom Vorstand zur Beratung unterbreitet wurde, mögen noch folgende Bestimmungen hervorgehoben sein: Die Unterstützung soll nach einer Karenzzeit von einem Jahr gewährt werden, die Unterstützung ist auf 6 M. pro Woche bemessen, die nach den ersten acht Tagen der Arbeitslosigkeit eintreten soll. Die Mitglieder müssen die ihnen vom Verband nachgewiesene Arbeit annehmen, wenn sie nicht die Unterstützungsberechtigung verlieren wollen. Der Vorsitzende Karl Kloss glaubt mit einem Beitrag von 30 Pf. pro Woche auszukommen und hält die Einführung der Unterstützung gegenwärtig für sehr günstig, da bei einem geschäftlichen Rückgang die Einführung der Unterstützung um so schwieriger sein würde. Alle Organisationen beschäftigen sich mit dieser Frage. Wird der Vorschlag in der Abstimmung abgelehnt, so würde diese Frage uns in nächster Zeit doch wieder aufs neue beschäftigen.

W e t t e r s - Frankfurt wendet sich besonders gegen die Erhöhung der Beiträge. Auch die Arbeit der Verwaltungsbeamten würde so erheblich, daß sie zum Schaden des Verbandes der agitatorischen Tätigkeit gänzlich entzogen würden. In enger Beziehung damit stehe auch die Organisation des Arbeitsnachweises. Es entstehen städtische Arbeitsnachweise und wir müssen dann diesen Organisationen in ihrer Entwicklung hemmend entgegenreten. Unser Arbeitsnachweis selbst sei aber der Aufgabe nicht gewachsen.

S t u b e - Hamburg: Wenn eine Unterstützung von einiger Bedeutung eingeführt werden sollte, so müßte der Beitrag um 30 bis 35 M. erhöht werden.

S l a n d - Charlottenburg plädiert für eine fakultative Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

W e d e r - Hannover glaubt, daß mit einer Beitragssteigerung von 10 Pf. die Arbeitslosen-Unterstützung, nach den Erfahrungen, die man in Hannover mit der Einführung dieser Unterstützung gemacht habe, nicht ausreichen werde. Dagegen habe die Einführung selbst sehr gute Erfolge auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses ausgeübt. Die Mitgliederzahl sei gewachsen und vor allem eine sehr pünktliche Beitragszahlung eingetreten.

M a u s c h - Leipzig plädiert für einen besseren Ausbau der Arbeitsnachweise, für eine thätigkeits Agitation für den Verband, die bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschaffe, das sei die beste Arbeitslosen-Unterstützung.

W i l l i g - Chemnitz: Berücksichtige man die traurigen Verhältnisse im Erzgebirge, sowie die niederen Löhne in der Rorbrennerbranche, so werde man zugeben müssen, daß es hier äußerst schwierig sei, bei einer Beitragszahlung von 30 Pf. Mitglieder für den Verband zu werben.

K ü h l - Flensburg und **C h r i s t i a n s e n -** Freiburg sprechen sich gegen den Vorschlag aus.

S i n g e r - Nürnberg: Wo bleibt in Deutschland die gesetzliche Grundlage für diese Experimente? Sie ist nicht vorhanden — blicke man doch nur nach Sachsen und berücksichtige man den Kampf um den § 168 der Gewerbe-Ordnung. Was haben die Gewerkschaften mit ihrer Arbeitslosen-Unterstützung erreicht? Der Arbeiter-Verband habe in den großen Städten vielfach eine kürzere Arbeitslosigkeit erlitten als die große Organisation der Buchdrucker. Man werde zwei Arten von Mitgliedern erzielen: die einen werden nur wegen der Unterstützung beitreten, die anderen für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse kämpfen und dabei können die ersteren hemmend wirken.

N a c h m i t t a g s - Sitzung. Im Laufe der weiteren Debatte erklären sich die Delegierten **D e i n h a r d t -** Köln, **W a c k e r -** Gersfurt, **S ö p p n e r -** Grawob, **D ü r s e l -** Pöschappel, **S t a r k e -** Dresden und **S e i d e l -** Leipzig gegen die Arbeitslosen-Unterstützung. **F l ä t h e r -** Kassel weist darauf hin, wie gerade in Zeiten des wirtschaftlichen Niederganges die Arbeiter der Arbeitslosigkeit anheimfallen, die im tätigen für den Verband wirken. Insofern sei die Arbeitslosen-Unterstützung eine Unterstützung der Agitation und bietet denen einen Rückhalt, die im Interesse des Verbandes wirken.

R i n g n e r - Berlin: Die verheirateten Mitglieder können von den Unterstützungen, die der Verband gewährt, nicht viel beanspruchen, während die unverheirateten bei der Arbeitslosigkeit eine Reise-Unterstützung beziehen — eine Unterstützung, die fast gänzlich den ansässigen Verheirateten entgeht.

W i l l e r s - Lübeck teilt mit, daß die Mitglieder seiner Zählstelle nicht für die allgemeine Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung zu haben seien, wohl aber es den einzelnen Zählstellen freigegeben wolle, solche Einrichtungen zu treffen.

S e d n e r - Breslau ist aus taktischen Gründen gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung.

G r o s s e - Hamburg wendet sich sehr entschieden gegen die Behauptung, als ob die Organisation sich dem Hirsch-Dunder'schen Fahrwasser näherte.

G l o c k e - Berlin bemerkt, es sei nicht richtig, daß mit dem Unterstützungsweisen der Geist der Organisation ein anderer werde. Gerade die englischen Gewerkschaften haben durch ihre großen Kämpfe bewiesen, daß sie die wirtschaftlichen Kämpfe nicht in den Hintergrund drängen. Es gilt jetzt gerade, die Mitglieder durch die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit zu halten, da sie gerade bei einem wirtschaftlichen Niedergang am verloren gehen könnten.

An der Debatte nehmen noch eine große Anzahl Redner sowohl für, wie gegen teil. Nach dem Schlusswort des Vorsitzenden **K l o s s** wurde zur Abstimmung geschritten, die die Ablehnung der Arbeitslosen-Unterstützung mit 62 gegen 18 Stimmen ergab. Ein Antrag aus Berlin, nun eine Abstimmung zu veranstalten, wurde gleichfalls abgelehnt.

Der Schweizerische Gewerkschafts-Kongress,

der am 11. April in Solothurn eröffnet wurde, nahm zu dem Punkt: Revision des Fabrikgesetzes, nachstehende Resolution einstimmig an: Der Kongress des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes erklärt sich für eine Totalrevision des Schweizerischen Fabrikgesetzes; er hält dafür, daß die Bundesversammlung nicht länger zögern sollte mit der Annahme dieser Reform. Die Revision sollte sich hauptsächlich zu erstrecken auf: 1. Ausdehnung des Begriffs Fabrik auf eine größere Zahl industrieller Etablissements, wobei als Norm angenommen werden kann die in einigen Kantonen bereits bestehende Spezialarbeiterschutz-Versicherung; 2. einheitliche Bestimmungen über die Entwicklung der Fabriken mit Bezug auf Luft, Raum- und Lichtverhältnisse und die Schutvorrichtungen; 3. bestimmte Vorschriften über die Lohnzahlung (wenigstens 14 tägige Auszahlung ohne Ausnahme), Lohnabzüge und die Folgen des Verzuges bei Geldschulden, 4. Reduktion der Arbeitszeit auf zehn Stunden, Beschränkung der Ueberzeit-Bewilligungen; wo ein absolutes Verbot nicht angeht, Uebertragung der Kompetenz für Ueberzeit-Bewilligungen direkt an die Kantons-Anstalt an die Bezirksbehörden; 5. Reduktion der Arbeitswoche auf 48 Stunden für Arbeiterinnen und Freigabe des Sonntags-Nachmittags für dieselben; 6. Verbot der Sonntagsarbeit für alle Betriebe, mit Ausnahme derjenigen, in denen der Produktionsprozess aus technischen Gründen nicht unterbrochen werden darf, und für alle Berechtigungen, die nicht notwendig sind, um die Wiederaufnahme des vollen Betriebes am

Montag zu sichern. Ausnahmen sind im Gesetz genau zu bezeichnen; 7. Vermehrung des Fabrikinspektions-Personals durch Einsetzung weiblicher Beamten. Der Kongress beauftragt das Bundeskomitee, in Verbindung mit den anderen zentralen Arbeiterorganisationen eine Einladung zu machen über die Wirkung des Fabrikgesetzes, den gegenwärtigen Stand der Arbeitszeit in den verschiedenen Industrieen und die Wünsche der Arbeiterschaft, betreffend die Gesetzesrevision.

Eine längere Debatte wurde sodann über die Form der Organisation, speziell der Berufsverbände und ihres Verhältnisses zum Gewerkschaftsbund geführt. Das Ergebnis der beschlossenen Verhandlungen war die Annahme eines Antrages, wonach eine Kommission bestellt werden soll zur Prüfung der Frage, wie das Verhältnis der Zentralverbände zum Bundeskomitee umgestaltet und eine neue Aufschlüsselung der Pflichten und Kompetenzen der beiden Körperschaften vorgenommen werden könnte. In die Kommission, die in Zürich ihren Sitz hat, wurden sieben Mitglieder gewählt.

Nun folgte ein längerer, sehr interessanter Vortrag von **B u l l -** s c h l e g e r über den Schutz des Vereinsrechts. Eine im Sinne des Referats gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme, ebenso angenommen wurde ein Antrag **L a n g -** Zürich, darauf hinzuwirken, daß öffentliche Arbeiten nur an solche Unternehmer vergeben werden, welche das Vereinsrecht der Arbeiter achten und organisierte Arbeiter aus ihren Geschäften nicht ausschließen. **S a g h i**, Redakteur des in Lugano erscheinenden „Sozialist“, schildert den Terrorismus der Unternehmer und Behörden im Kanton Tessin gegenüber den Arbeitern und wünscht die kräftige moralische und finanzielle Unterstützung des Gewerkschaftsbundes, die zugesagt wird.

Aus dem gedruckt vorgelegten Tätigkeitsbericht des Bundeskomitees für die Jahre 1896/97 entnehmen wir, daß Ende 1897 der Gewerkschaftsbund 280 Sektionen mit 14 000 Mitgliedern zählte und 29 387 Fr. für Streikbewegungen in den beiden Berichtsjahren ausgegeben hat. Die Einnahmen betragen 57 190 Fr., der Kassenbestand betrug Ende 1897 12 319 Fr., heute beträgt er 16 148 Fr. Lohn- und Streikbewegungen kamen in den beiden Jahren 198 vor, wovon 51 „Konflikte“, 40 Lohnbewegungen und 45 Streiks. 87 Fälle hatten ganzen oder theilweisen Erfolg, 49 Fälle verliefen für die Arbeiter ungünstig.

Auf Antrag des Metallarbeiter-Kongresses wurde beschlossen, das Bundeskomitee zu ermächtigen, mit dem sozialdemokratischen Parteikomitee in Verbindung zu treten behufs Anschluß des Gewerkschaftsbundes an die sozialdemokratische Partei.

Das Gehalt des Sekretärs wurde von 2400 Franks auf 3000 Franks inklusive Wohnungszuschuß erhöht und sodann auf eine neue zweijährige Amtsdauer der bisherige Sekretär **S a l o m e** wiedergewählt. Den Parteiblättern in Lugano, **C h a n g -** de-fonds und **S e n f** wurden Subventionen von insgesamt 900 Franks per Jahr bewilligt, wozu noch 500 Franks für die „Solidarität-Portogere“ kommen. — Mit 188 gegen 10 Stimmen wurde das Weitererhalten der „Arbeiterstimme“ als Gewerkschaftsblatt mit Einschluß der Sozialpolitik und Ausschluß der Politik beschlossen, und zwar soll sie wie bisher wöchentlich zweimal erscheinen. Als Vorort wurde wiederum Zürich bestätigt. — Darnach schloß **G r e u l i c h** nach einer kurzen Ansprache mit einem dreifachen Hoch auf das Blühen und Gedeihen der Arbeiterbewegung den Kongress. — Anwesend waren 187 Delegierte aus 188 Orten, ferner waren das sozialdemokratische Parteikomitee durch **L a n g -** Zürich und das Zentralkomitee des Grillvereins durch **E n d -** Zuzern vertreten.

Die **österreichische Sozialdemokratische Oesterreichs** hielt zu Opatowitz ihren Parteitag ab. Der Bericht des Parteisekretariats konstatierte außerordentliche Fortschritte der Agitation. Seit dem Parteitage im Jahre 1896 sind 115 Kreiskonferenzen abgehalten worden, die Zahl der politischen Blätter ist von 8 auf 15, die Summe der ausgegebenen Exemplare von 808 000 auf 5 000 000 gestiegen. Versammlungen wurden in der Zeit vom 1. April 1896 bis Dezember 1897 weit über 6000 abgehalten. Die Zahl der politischen Organisationen liegt in den letzten beiden Jahren von 17 auf 33; weiter bestehen 180 Gewerkschaften (wobei die Ortsgruppen mitgezählt sind) und 200 Bildungsvereine. Von den gewerkschaftlichen Vereinen sind 68, von den Bildungsvereinen 52 neugegründet worden. Die Zahl der Mitglieder aller Vereine zusammen betrug am 1. Januar 1896 15 006, am 31. Dezember 1897 32 107; sie hat sich also mehr als verdoppelt. Diese großartige Agitation wurde reich befruchtet; nicht weniger als fünf Reichstagsmandate errangen unsere tschechischen Parteigenossen in Böhmen, Mähren und Schlesien. Schwer waren aber auch die Opfer. Gegen 743 Genossen wurden wegen politischer Delikte Anklage erhoben, davon wurden seit dem letzten Parteitage verurteilt: 339 Genossen zu insgesamt 9 Jahren 2 Monaten und 12 Tagen Freiheitsstrafe und 702 fl. 30 kr. Geldstrafe.

Ueber den Parteitag, über den ein abschließender Bericht noch nicht vorliegt, schreibt die Wiener „Arbeiter-Zeitung“: „Ein richtiger „General-Landtag“ des tschechischen Volkes war es. Nicht staatsrechtlich begründete und durch Potentatengeschicklichkeit errichtete Grenzen entscheiden über Zulassung zu dieser ausschließlich den arbeitenden Klassen gehörenden parlamentarischen Körperschaft. Draußen tobt der von bourgeoisen Parteien entfachte Kampf um vermeintliches historisches Recht, das all' der tausende von Arbeitern in Nieder-Oesterreich und weit außerhalb der St. Wendels-Grenzen vergift; in Prag sammeln sich die Nationalen um das Banner des Panfalskismus, in Brünn demonstrieren die sozialdemokratische Arbeiterpartei praktisch gegen das Phantom des böhmischen Staatsrechtes.“

Eine Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Oesterreichs tagte ebenfalls zu Opatowitz in Wien. Es waren 44 weibliche Delegierte erschienen. 14 hatten die Wiener Gewerkschaften und 10 die Bildungsvereine gesandt, 4 waren in Versammlungen gewählt worden, eine vertrat die Arbeiterinnen der Floridsdorfer Zuspinnererei. Von den aus der Provinz gesandten vertraten 5 Gewerkschaften, 2 Bildungsvereine und 13 ganze Ortschaften und Bezirke. Begrüßungstelegramme waren in unübersehbarer Zahl eingelaufen. Am ersten Verhandlungstage wurde auf Antrag der Referentin **A r a s a** eine Resolution angenommen, worin den Arbeiterinnen der Anschluß an die Gewerkschaften empfohlen und den Männern nahegelegt wurde, diese Bestrebungen zu unterstützen.

Gewerkschaftliches.

Verlin und Umgebung.

Der Streik ins Wespennest. Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Beunruhigung hat in hiesigen Innungskreisen der Verlin der Berliner Gewerkschaftskommission hervorgerufen, der eine lebhafteste Beteiligung bei allen Delegiertenwahlen der Gesellen zu den Innungen und deren Einrichtungen empfiehlt. Man beschränkt bei Aufstellung eigener Gewerkschaftskandidaten das Einbringen sozialdemokratischer Elemente in die Gesellenauschüsse und erbt bei den erhöhten Besugnissen, welche das neue Handwerkergesetz diesen Körperschaften zugestiftet, darin eine Gefahr ersten Ranges. Die so zusammengesetzten Ausschüsse wären dann im Stande, durch ihre Verhaltungen die meisten Bestrebungen der neuen Innungen zu hemmen oder zu durchkreuzen. Diejenigen Innungen, in deren Ausschüsse bereits jetzt die Sozialdemokraten eingedrungen sind, z. B. die Bäckerinnungen, haben ähnliche Erfahrungen machen müssen.“

Da hilft kein Lamento. Das Eindringen sozialdemokratischer Elemente in die Gesellenauschüsse kann weder durch die Innungen selbst, noch durch Warnungen in der Presse verhindert werden.

Deutsches Reich.

Achtung, Schuhmacher! Die Firma **M a h m u. K u h n**, Schuhfabrik in R a n n h e i m, bei welcher zur Zeit sämtliche Arbeiter ausständig sind, verschiebt unfertige Arbeit, um dieselbe in anderen Fabriken fertig stellen zu lassen. Wir ersuchen die Kollegen, bei Annahme von Arbeit vorsichtig zu sein, um nicht den Mannheimer Kollegen den Raub zu erleichtern. Mittheilungen über

diese Angelegenheit wolle man sofort an den Unterzeichneten gelangen lassen. Die Agitationskommission der Schuhmacher Baden und der Pfalz. **S. K.:** J. J. Schmitt in Speier, Pallantsgasse Nr. 1.

Der Bergarbeiter-Streik in Scharley in Obereschlesien hat nach Angabe der „Kattowitzer Zeitung“ damit geendet, daß die Arbeit zu den alten Bedingungen wieder aufgenommen wurde. **S i r k a** 25 „Hädelstähler“ sollen entlassen worden sein.

Aus Osnabrück meldet eine Wolffsche Depesche über den Streik der Bergleute am **P i e s b e r g e**, daß die Lage unverändert sei. — Auf der **G e o r g M a r i e n -** Hütte haben 500 Arbeiter die Arbeit niedergelegt.

Zu der abschlägigen Antwort, die der Minister dem Vorsitzenden des christlichen Bergarbeiter-Gewerksvereins gegeben hat, schreibt die agrarische „Deutsche Tages-Zeitung“: Die Verweisung auf die nicht vorhandene Befugnis der Arbeitervertretung erscheint in diesem Falle nicht besonders glücklich. Wir gestehen offen, daß wir mit den Ausständigen in diesem Falle eine gewisse Sympathie empfinden. Wenn eine Achtung vor den kirchlichen Feiertagen noch in der Arbeiterschaft vorhanden ist, so sollte man diese sorglich schonen und nicht verletzen. Unseres Erachtens müßte der Minister möglichst darauf hinwirken, daß die uns durchaus billig erscheinenden Wünsche der Bergarbeiter in diesem Falle erfüllt würden.“

Zwischen scheint man selbst an den grünen Tischen eingesehen zu haben, daß die konsequente Beobachtung der Stimm'schen Maximen in diesem Falle der größte Noth war, den die auf die Freundschafsdienste des Zentrums angewiesene Regierung schiefen konnte, denn, wie die „Volkszeitung“ mittheilt, ist der Handelsminister **B r e s e l** mit dem Ober-Berghauptmann **F r e u n d** und dem Ministerialdirektor **K o e t e r** ins Streikgebiet abgereist.

Zu Witten in Holseln sind in der Federfabrik der **G e b r. B ö h m e** Lohndifferenzen ausgebrochen. Es wird deshalb um Vermeidung des Zugriffs gebeten.

Zu Eichenhausen - **W o l k e n** in Braunschweig haben 42 Arbeiter der **E m m e r** und **V o r w o h l e r** Grubenfelder, die der **D e u t s c h e n A s p h a l t -** Aktiengesellschaft gehören, um 25prozentige Erhöhung des Lohnes ersucht. Es wird befürchtet, daß an Stelle dieser Arbeiter **I t a l i e n e r** und **P o l e n** eingestellt werden sollen. Damit dies nicht gelingt, werden die organisierten Fabrikarbeiter Deutschlands ersucht, um Fernhaltung des Zugriffs bemüht zu sein.

Die Zimmerleute in Eilenburg haben am **S o n n a b e n d** die Arbeit niedergelegt. Sie fordern 36 Pf. Stundenlohn. Den **A n l a s s** zum Streik gaben die Meister insofern selbst, als sie, wie die „Leipz. Volksztg.“ mittheilt, den organisierten Arbeitern die Anknüpfung androhten, wenn diese die Arbeit bei einem Unternehmer, bei dem die Arbeit seit einigen Tagen niedergelegt war, bis zum **S o n n a b e n d** nicht wieder aufgenommen hätten.

Zur Steinarbeiterbewegung im Fichtelgebirge. Am 4. April nahmen die zwischen Meißner und Gehlisen aus dem ganzen Fichtelgebirge in **O b e r k o h a n** geführten Unterhandlungen vorläufig ein Ende. Bis auf einen Punkt ist völlige Einigung erzielt worden. Die Schleifer fordern pro laufenden Meter 1,30 M., während die Meister erklären, über 1,50 M. nicht hinausgehen zu können. Die einzelnen Orte werden nun zu dieser Frage Stellung nehmen und das Resultat an den Vorsitzenden der Tarifkommission in Hof berichten.

Aus Nürnberg. Die **S t u d e n t e n** stellten am **D i e n s t a g** die Arbeit ein, da die Meister keinerlei Zugeständnis machen wollten. Die Meister haben eine Innung gegründet, um die Gehlisen leichter unterzuziehen zu können; die erste Geldentlast dieser Vereinigung war der einstimmige Beschluß, die Gehlisenforderungen „unter keinen Umständen“ zu bewilligen. Die **M a u e r -** und **Z i m m e r m e i s t e r** von **N ü r n b e r g -** **F ü r t h** sind von der Innung ersucht worden, **S t u d e n t e n** nicht zu den neuen Bedingungen in Arbeit zu nehmen. Weiter haben in **N ü r n b e r g** die **H o l z d r e c h l e r** der Werkstätten von **H e i n z**, **M i t** und **G r e u l e i n** die Arbeit eingestellt. Der Streik in den **H a r t m a n n s h o f e r** **K a l t w e r k e n** ist durch Vergleich beigelegt.

Ausland.

Die Gipsformer und Gießer Wiens haben am 9. d. ihre Forderungen in sämtlichen Baubildhauerien Wiens überreicht und sind gewillt, wenn selbe nicht bewilligt werden, in den Streik zu treten. Die Forderungen lauten: 1. Die achteinhalbstündige Arbeitszeit inklusive Frühstück- und Vesperpause. 2. Minimallohn 12 fl. per Woche.

Soziales.

Für die **Kinderarbeit** - **E n q u e t e** des **R e i c h s k a n z l e r s** recht wertvoll ist ein Bericht des Lehrerkollegiums in **H o h e n -** **s t e i n -** **E r n s t t h a l**, dem bekannten sächsischen Weberort. Hier fand im Februar eine Zählung der Kinder unter 14 Jahren statt, die im Gewerbe außerhalb der Fabrik regelmäßig thätig sind. Es hat sich herausgestellt, daß von den ca. 2400 Schülern der Stadt etwa 1450 oder gegen 60 pCt. mit Arbeiten am **W e b s t u h l e** oder mit **K n ä u p f e n**, **T r e i b e n**, **S p u l e n**, **D r e h e n** von **Q u a r t e n**, **N ä h e n**, **F o r m e n** u. d. beschäftigt sind. Bei manchen Kindern sängt die Arbeitszeit bereits vor dem Beginn des Unterrichts an und erstreckt sich bis in die späten Abendstunden hinein.“ Der Schulbericht konstatiert **a b d a n n** ganz offen die schwere Beeinträchtigung der Volksschule durch diese industrielle Kinderarbeit: „Wenn die Kinder mit gewerblichen Arbeiten überbürdet werden, so liegt die Frage nahe: „Woher sollen sie die Zeit nehmen, die von der Schule geforderten Hausaufgaben zu lösen?“ Und in der That ist namentlich von den Lehrern in der **e i n s a c h e n** **S c h u l e** **l e b h a f t** **d a r a u f** **b e r e i t** worden, daß sie auf den Hausfleiß so gut wie gar nicht rechnen können und daß auch das geringste Maß der verlangten Schularbeiten nur in den seltensten Fällen in zufriedenstellender Weise zu erreichen sei.“

Moderne „Baukunst“. Aus **H a l l e a. S.** wird uns geschrieben: Ein Hauseinkurz, der erheblichen Schaden angerichtet und unter Umständen viel Menschenleben kosten konnte, ereignete sich in der **L u d w i g s t r.** 5. Einige Bewohner dieses dreistöckigen Gebäudes vernahmten in der Nacht vom ersten zum zweiten Feiertage ein Knistern, das zu großen Bedenken Veranlassung gab. Nach 4 Uhr wurden die Feuerwehre und die Baupolizei herbeigerufen, die die Absperrung des Gebäudes anordnete. Um 1/10 Uhr stürzte die linke Giebelseite mit zwei Fenstern Front von oben bis unten in sich zusammen. Die Möbel und Hausgeräthschaften der eingeschürzten Zimmer sind unter den Schutthäufen begraben. Wer die vier in Mitteleuropa gezogenen Arbeiterfamilien einschließt, ist abzuwarten.

Zur Förderung des Kleingewerbes in Oesterreich sind vom Handelsministerium im vorigen Jahre über 200 000 Gulden vergeben worden. Im Budget auf das Jahr 1898 sind für denselben Zweck 175 000 Gulden eingestellt, darunter 40 000 Gulden für Einrichtung von Rohstoff-, Magazin- und Produktionsgenossenschaften. Die meisten Gesuche um Unterstützung kommen aus den Süddeutschen Ländern, besonders aus Böhmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Osnabrück, 18. April. (W. Z. B.) Es sind nunmehr die sämtlichen Arbeiter der **G e o r g -** **M a r i e n -** **H ü t t e** in den **A u s s t a n d** getreten. Ruhestörungen sind nicht vorgekommen. Die Gendarmerie ist verstärkt.

Budapest, 18. April. (W. Z. B.) Abgeordnetenhause. Der Justizminister von **E r d ö d y** brachte einen Gesetzentwurf über die wirtschaftlichen und gewerblichen Kreditgenossenschaften ein.

New-York, 18. April. (W. Z. B.) (Melbung des **R e i n e r ' s c h e n** Bureau's?). Die telegraphische Verbindung zwischen **S a b a n a** und **R e g w e s t** ist wieder hergestellt.

Washington, 18. April. (W. Z. B.) Das Marineamt hat beschlossen, die Dampfer der „**A m e r i c a n -** **L i n e**“, „**S t. P a u l**“ und „**S t. L o u i s**“ anzulassen.

Zweiter Kongress der durch Vertrauensmänner zentralisierten Gewerkschaften Deutschlands.

In der Sitzung am Mittwoch Vormittag wird die Behandlung des zweiten Punktes der Tagesordnung fortgesetzt. Schloffer Gräfe Halle berichtet über dortige Organisationsverhältnisse. Er bemerkt unter anderem, daß von den etwa 6000 in Halle beschäftigten Metallarbeitern circa 1000 organisiert sind, davon 280 im Lokalverein der Schlosser und Dreher. Messerschneider Heßler Solingen legt dar, daß infolge einer in der Messerbranche herrschenden Geschäftskrise die Zahl seiner Berufskollegen zusammengeschnitten sei, und dadurch auch die Organisationsverhältnisse in Mitgliedern verloren habe. In Solingen gebe es 15-17 Lokalorganisationen, die aber der Vertrauensmänner-Zentralisation fernstehen. Diese heranzuziehen möge sich die Geschäfts-Kommission anlegen lassen. Müller Schreiber Berlin bespricht die Gegensätze der Organisationen seines Berufs, Klavierarbeiter Grundmann Berlin behandelt die Differenzen zwischen seiner Organisation und dem Holzarbeiter-Verband. In einer Versammlung, die sich mit der bekannten Darlehnsangelegenheit befaßt, habe Nob. Schmidt den Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter als einen Tummelplatz anarchistischer Elemente denunziert und einzelne Kollegen als solche namhaft gemacht. Der Bericht über diese Versammlung, den der „Vorwärts“ sowie die „Holzarbeiter-Zeitung“ brachten, sei von dem Fabrikantenorgan mit großem Behagen unter der Ueberschrift: „Die feindlichen Brüder“, abgedruckt worden und einer der als Anarchisten bezeichneten Kollegen sei infolge dessen entlassen und seiner Existenz beraubt worden. Von dem Reichstags-Abgeordneten Nob. Schmidt hätte man erwarten sollen, daß er die Tragweite seiner Denunziation beurtheilen laß. Fräulein Trode Berlin spricht kurz über die Stellung des allgemeinen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereins gegenüber den drei für ungelernete Arbeiter bestehenden Zentralverbänden. Messerschneider Heßler Solingen theilt mit, sein Verein habe 500 Mitglieder. Die verschiedenen Branchen der Solinger Messerfabrikation seien zwar für sich organisiert, hätten jedoch keine Fühlung mit einander. Versuche, eine Verbindung unter denselben herzustellen, seien namentlich an der Weigerung der Schleifer gescheitert, die in ihrem Gewerbe eine gewisse Selbstständigkeit und deshalb einen unbedingten Mangel haben, der sie am Zusammengehen mit anderen Berufen hindert. Töpfer Krieger Königsberg i. Pr. berichtet, von 120-150 am Orte arbeitenden Töpfern sind 80 organisiert. Ein fester Tarif mit 40 Pf. Minimallohn sei eingeführt, die Feiertage geregelt. Der Verband habe keinen Anhang in Königsberg. Maurer Graßmann Königsberg führt aus, daß seine Kollegen einen Stundenlohn bis 45 Pf. erlangen haben, daß sie aber von dem Verband nichts wissen wollen. Möbelpolierer Reuter Berlin meint, seine Organisation sei nur eine kleine, sie habe gute Erfolge zu verzeichnen und fühle kein Bedürfnis, sich dem Holzarbeiter-Verband anzuschließen. Maurer Schwanebeck Jüterbog behandelt die in diesem Ort bestehenden Gegensätze zwischen den Organisationen. Konfektionsarbeiterin Frau Gubela Berlin erhebt ein Unterstreichung der Agitation unter den Arbeiterinnen ihrer Branche, die von den Führern des Verbandes sehr vernachlässigt werde. Es gebe in Berlin etwa 18 000 Konfektionsarbeiterinnen. Die Löhne seien nach dem Streik hart gesunken und müsse für Hebung derselben etwas geschehen. Maurer Jah n - Wlansenburg berichtet, seine Kollegen hätten mit starker Konkurrenz polnischer und italienischer Arbeiter zu rechnen. Die festgesetzte 10stündige Arbeitszeit werde nur von den Organistinnen inne gehalten, die anderen Kollegen arbeiten 12-14 Stunden. Maurer Seife r - Halle führt aus, am Orte seien 6-600 Maurer, davon 300 lokalorganisiert. Der Verband werde in Halle keinen Einzug finden. Die Arbeitszeit sei eine 10stündige, die gewerkschaftliche Bewegung mache gute Fortschritte. Töpfer Gille Breslau: Sein Verein habe 100 Mitglieder, wovon jedoch nur 50 zahlende sind. Maurer Laurisch - Friedrichsberg: Am Ort seien 80 lokalorganisierte Maurer, der Verband habe dafelbst nicht so viele Mitglieder. Maurer Wendt - Haidersdorf - Kallberge: Der Lohn betrage 35-42 1/2 Pf. Die Lokalorganisation habe 80 Mitglieder. Maurer Roland - Brannschweig: Von etwa 700 am Orte anwesenden Kollegen seien 250 in der Lokalorganisation. Mit dem Verband hätten sie nicht zu kämpfen. Eine Lohnbewegung sei eingeleitet. Zinkgießer Preuß - Berlin: Von den 60 in Berlin arbeitenden Kollegen seien 45 organisiert. Der Lokalverein habe durch seine Thätigkeit einen Minimallohn von 30 M. erreicht und jede keinen Vortheil im Anschluß an den Metallarbeiter - Verband. Klavierarbeiter Grundmann - und Kleinlein - Berlin stellen zu der vom vorigen Kongress angenommenen Programm-Resolution Änderungsanträge, welche es den links von der Sozialdemokratie stehenden Arbeitern möglich machen sollen, sich der Organisation dieser Form anzuschließen. Es müsse deshalb mehr betont werden, daß es sich nicht nur um Aufbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse, sondern um den Klassenkampf handle, dessen Ziel die Erringung der sozialistischen und kommunistischen Gesellschaft sei.

(Mittagspause.)

In der Nachmittags-sitzung wird debattelos beschlossen, über die von Grundmann und Kleinlein gestellten Programm-Änderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen. Sodann wird folgende Resolution angenommen: In Erwägung, daß nach Anhörung der Berichte der Delegirten der einzelnen Berufe und Organisationen mit wenig Ausnahmen überall die systematische Vernichtung der Vertrauensmänner-Zentralisation seitens der in Verbänden organisierten Arbeiter, hauptsächlich aber von den Führern derselben betrieben wird, erklärt der Kongress, für die Zukunft jede Rücksicht auf ein friedliches Zusammenarbeiten fallen zu lassen und zwar so lange, bis auch unseren Wünschen in genügender Weise Rechnung getragen ist und uns die bisher vorerhaltenen Anerkennung zu Theil wird. — Der Kongress erachtet in der Agitationsweise der Verbandleiter eine schwere Schädigung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland und eine Hemmung der nach Freiheit ringenden ausgebeuteten Volksmassen und beauftragt daher die zu wählende Geschäfts-Kommission, mehr als bisher in Wort und Schrift den gefährdeten Organisationen zur Seite zu stehen; hauptsächlich in denjenigen Berufen, welchen es bisher nicht möglich war, selbstständig Agitation zu betreiben.

Kleinlein und Grundmann beantragen: Der Kongress nimmt Kenntniß von dem Auftreten des Reichstags-Abgeordneten Nob. Schmidt in öffentlicher Versammlung gegenüber den lokalorganisierten Musikinstrumenten-Arbeitern. Der Kongress erachtet darin eine die Interessen organisierter Arbeiter schädigende Handlungsweise. — Außer den Antragstellern sprechen verschiedene Berliner Delegirte für die Tadelresolution. Sie betonen, die betreffende Äußerung richte sich nicht nur gegen die Musikinstrumenten-Arbeiter, sondern sie habe die Absicht, alle Lokalorganisationen als anarchistische hinzustellen und dieselben dadurch zu schädigen. Man müsse das umso mehr verurtheilen, als diese Denunziation gegen eine Arbeiterorganisation gemacht worden sei von einem Manne, der von Arbeitern mit einem Reichstagsmandat bekannt und wieder als Kandidat aufgestellt worden sei. Einzelne Redner beantragen dagegen Uebergang zur Tagesordnung, da man sonst noch gegen verschiedene Verbände, die in ähnlicher Weise gegen Lokalisten vorgingen, ein Tadelvotum aussprechen müsse.

Baummeister Kessler: Die Verbänderei sei seinerzeit ins Leben gerufen worden, um der sozialdemokratischen Parteibewegung Abbruch zu thun. Dieser Meinung habe auch hier auf dem Kölner Parteitag Ausdruck gegeben. Warum geht man nun seitens der Partei nicht gegen die Verbänderei vor? Weil dieselben rücksichtslos vorgegangen

und dadurch groß geworden sind und man sie daher fürchtet. Es sind Stellen zu besetzen und seine Stelle giebt man nicht gern auf. Hier mußte sich in Hamburg entschuldigen, daß er mit mir zusammen ein Glas Bier getrunken hat. Soweit geht der Einfluß der Verbänderei in der Partei. Die Person Robert Schmidt ist eine so unbedeutende, daß es sich nicht lohnt, sie wegen einer Resolution anzunehmen. Wenn Sie das für nöthig halten, meinestwegen. Ich schreibe nicht mit Kanonen nach Spahn. Unsere Aufgabe muß es sein, für unsere Erstarkung zu sorgen, damit sich die Partei nicht nur auf die Verbändler, sondern auch auf uns stützen kann. — Nachdem noch einige Redner für die Resolution gesprochen, wird dieselbe angenommen.

Baummeister Kessler referirt hierauf über die Arbeitslosen- und Wanderunterstützung. Seine Ausführungen sind in folgender Resolution zusammengefaßt:

- In Erwägung:
1. Daß das heutige Wirtschaftssystem regelmäßige und unregelmäßige Arbeitsstörungen verursacht, durch die immer größere Scharen von Arbeitern für längere oder kürzere Zeit arbeits- und erwerbslos werden und dadurch in große wirtschaftliche Noth gerathen;
2. Daß es ohne Zweifel Pflicht des Staates und der Gesellschaft ist, für die Unterstreichung der durch diese von ihnen geschädigten und gestörten Wirtschaftssysteme ohne ihr Verschulden in Noth und Elend gerathenen Personen in angemessener Art zu sorgen;
3. Daß die Arbeiter keine Verpflichtung haben, dem Staat und der Gesellschaft diese Last abzunehmen, es bei den meistens sehr geringen Löhnen der Arbeiter auch für sie unmöglich ist, diese Verpflichtung genügend zu erfüllen;
in fernerer Erwägung:
4. Daß eine Arbeitslosen-Unterstützung nur dann für den wirtschaftlichen Kampf der Arbeiter von Bedeutung sein kann, wenn sie die große Mehrzahl der Arbeiter eines Berufes umfaßt;
5. Daß durch die freiwillige Organisation nur in sehr wenigen Berufen die große Mehrzahl der Arbeiter umfaßt werden kann und thatsächlich die heutigen Organisationen nur einen sehr geringen Theil der Arbeiter umfassen;
6. Daß also die Arbeitslosen-Unterstützung durch die gewerkschaftlichen Organisationen für den Lohnkampf in der Regel ganz werthlos ist;
in abermaliger Erwägung:
7. Daß das Unterstreichungs-Wesen die Arbeiter von ihrer Hauptaufgabe, das heutige Wirtschaftssystem des Privatkapitals, dem alle Noth und alle Knechtschaft entspringt, ablenkt, und ihnen den falschen Glauben einflößt, daß auf dem Boden der heutigen Ordnung durch ihre eigene Kraft Erlösung aus Noth und Knechtschaft (durch Fleiß und Sparsamkeit) gebracht werden kann;
8. Daß die Summen, die die Arbeiter für solche gewerkschaftlichen Unterstreichungsanstalten aufbringen, dem wirtschaftlichen und politischen Kampf der Arbeiter um ihre Befreiung entzogen werden;
9. Daß die Organisationen dadurch ihrem Zwecke entfremdet und zu Stützen der heutigen Ordnung werden, beschließt der zweite Kongress der deutschen Vertrauensmänner-Zentralisationen: a) die Regelung der Arbeitslosen-Unterstützung ist eine Pflicht des Staates und der Gesellschaft der heutigen Ordnung, die Gemeinde, Staat und Unternehmertum gemeinschaftlich zu lösen haben; b) die Arbeitslosen-Unterstützung kann nur unter staatlicher Aufsicht und durch staatlichen Zwang wirksam durchgeführt werden. Mit dem Grundsatz der Freiwilligkeit ist nichts Genügendes zu erreichen; c) die gewerkschaftlichen Organisationen haben keine Veranlassung, dem Staat und der Gesellschaft diese Verpflichtungen abzunehmen, da ihnen daraus in der Regel kein Nutzen für den ihnen obliegenden wirtschaftlichen Kampf erwächst, aber d) die Gefahr der Verunsicherung und der Abwendung von ihren wahren Zielen durch dieses Unterstreichungswesen ihnen sehr nahe rückt und sie e) doch nur ganz Augenblicks gegenüber der durch die Arbeitslosigkeit erzeugten Noth leisten können. Der Kongress verweist also die Arbeitslosen-Versicherung durch die gewerkschaftlichen Organisationen; dagegen erklärt er sich nicht ablehnend gegen die Einführung einer Wanderunterstützung da, wo die Gewerkschaften aus ihr sich einen Vortheil in ihrem Lohnkampf versprechen, weil es freilich oft von Nutzen sein kann, einen Zugzug schnell und sicher weiter zu schaffen. Die Einrichtung der Wanderunterstützung wird mit Rücksicht auf diesen Zweck den einzelnen Organisationen überlassen, die sich erforderlichenfalls dazu zu Kartellen zusammenschließen mögen. Die Geschäftsleitung wird beauftragt, solche Einrichtungen für Wanderunterstützung nach Kräften zu fördern, wo es von ihr verlangt wird.

Die Debatte war bezüglich der Arbeitslosen-Unterstützung eine zustimmende, nur über die Art, wie die Wanderunterstützung durchzuführen sei, war die Meinung getheilt. Die Resolution Kessler wurde angenommen mit einem von Kleinlein beantragten Zusatz, wonach Gemäßregelte der lokalen Organisation von allen Gewerkschaften dieser Richtung zu unterstützen sind.

Ueber die Presse referirt der Herausgeber und Redakteur der „Einigkeit“, Töpfer Thiemer Berlin. Er giebt einen Ueberblick über die finanzielle Lage des Blattes. Dasselbe erschien bisher alle 14 Tage, seit dem 1. April wird es alle 8 Tage herausgegeben. Die Zahl der Abonnenten betrage 3500, es müßten aber noch einige hundert hinzukommen, wenn das Blatt ohne Zuschüsse existenzfähig sein sollte. In der Debatte wurde mehrfach der Wunsch ausgesprochen, daß das Blatt — entgegen den im vorigen Jahre gefaßten Beschlüssen — den Verbändlern scharf entgegenzutreten solle. Kleinlein Berlin will die Bezeichnung „Organ der Vertrauensmänner-Zentralisation“ vom Kopfe des Blattes entfernt wissen, und halt dessen sehen: Organ der lokalorganisierten Arbeiter Deutschlands“ oder „zur Förderung freier Gewerkschaftsorganisationen“. Die Bezeichnung „Zentralisation“ sei anstößig. Wir wollen keine Zentralisten, sondern Föderalisten sein. In Nr. 2 der „Einigkeit“ hieß es, wir seien zentralistischer, wie die Verbändlerzentralisten. Ein solcher Standpunkt sei verwerflich. Redner spricht in erregter Weise gegen die redaktionelle Haltung der „Einigkeit“, er führt unter der Heiterkeit der Kongreßtheilnehmer aus, das Blatt solle die Arbeiter für den Klassenkampf erziehen, es solle so schreiben, daß jedem Arbeiter das Herz aufstehe und die Arbeiter darauf vorbereiten, daß sie nach dem Zusammenbruch der bürgerlichen Gesellschaft das Ruder der Produktion in die Hand nehmen können. Thiemer verteidigt die Redaktion. Dieselbe vertrete in jeder Hinsicht die Interessen der Arbeiter. Föderalismus und Zentralismus sei im Grunde dasselbe. Wir sind auch Zentralisten, nur wollen wir die Zentralisation in anderer Form durchführen, wie die Verbände. Nachdem noch einige Delegirte zu diesem Punkt gesprochen hatten, schließt die Sitzung um 7 Uhr.

*) Wir können und wollen natürlich die Lokalorganisten nicht hindern, soviel Protestresolutionen anzunehmen, als ihnen gut dünkt; wir müssen aber unseren Kollegen Nob. Schmidt, der zur Zeit von hier abwesend ist, gegen den Vorwurf in Schutz nehmen, als habe er die Lokalorganisationen, oder auch nur die der Musikinstrumenten-Arbeiter als solche treffen wollen; er hat vielmehr nur einzelne Personen namhaft gemacht. Im übrigen ist es den Herren vom Musikinstrumenten-Beruf wohl gelungen, vor dem Kongress die Streitfrage zu verschieben, vor der Berliner Arbeiter-Schaft wird ihnen das nicht gelingen. Es handelt sich nämlich gar nicht um die von Schmidt belästigte hingeworfene Äußerung, sondern vielmehr um die in der Geschichte der Arbeiter-Schaft unerhörte Beschlußfassung, geborgte Gelder nicht wieder zurückzahlen zu wollen. (Red. d. „Vorw.“)

Kongress der deutschen Bergleute zu Dortmund.

Nachdem am 9. April die Generalversammlung des Verbandes, die noch mit 63 gegen 61 Stimmen die Einführung des Sterbegeldes beschlossen hatte, geschlossen worden war, trat am 10. April der Kongress zusammen. Zu demselben waren über 100 Delegirte aus den verschiedenen Bergrevieren Deutschlands, ferner Vertreter der Bergleute Oesterreichs und ein Vertreter der Generalkommission in Hamburg, Brügmann, erschienen. Ludwig Schröder wurde zum Ehrenvorsitzenden, Müller aus Waldenburg zum ersten und Sachse aus Jvalda zum zweiten Vorsitzenden gewählt. Die anwesenden Frauen mußten auf Befehl des überwachenden königlichen Bezirkskommissars den Saal verlassen.

Ueber den ersten Punkt der Tagesordnung: „Arbeitszeit und Arbeitslohn im deutschen Berg- und Hüttenbetriebe“ referirte Pokorny aus Bochum. Er beantragte folgende Resolution:

„Der erste deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Kongress erklärt: Der Lohn der Arbeiter in der deutschen Berg- und Hüttenindustrie reicht nicht aus zur Erhaltung und neuer Erzeugung der notwendigen Arbeitskraft. Die heute noch übliche Arbeitszeit zu zwölf und mehr Stunden pro Schicht wirkt zerstörend auf die Gesundheit der Arbeiter ein, schafft frühes Gedelch und häufigere Unfälle, wie sie bei einer kürzeren Arbeitszeit sich ereigneten. Um die Lebensbedürfnisse in der für das Gesamtwohl notwendigen Weise befriedigen zu können, ist ein Durchschnittslohn von 4 M. für alle Berg- und Hüttenarbeiter als das mindeste zu bezeichnen, wozu wir zu fordern haben. Eine Arbeitszeit von 8 Stunden, inklusive Ein- und Ausfahrt, erachtet der Kongress unter den heutigen geschichtlichen und volkswirtschaftlichen Verhältnissen als die Schichtdauer, die nicht überschritten werden darf, soll der Berg- und Hüttenmann seiner Eigenschaft als Mensch und Staatsbürger nicht verlustig geben. Um die Gesundheit der Nation zu schützen, ist das strengste Verbot der Frauen- und Kinderarbeit im Gruben- und Hüttenbetrieb gesetzlich festzulegen.“

Limberg aus Dortmund beantragte, anstatt Durchschnittslohn „Minimallohn“ zu setzen, worauf Pokorny den Kongress ersuchte, an dem Durchschnittslohn von 4 M. festzuhalten. Eine Erhöhung von 2,83 M. auf 4 M. sei schon ein guter Erfolg. Höhere Forderungen würden einfach nicht bewilligt werden.

Die Resolution Pokorny wurde schließlich mit dem Zusatz angenommen: „Behufs Erreichung des Durchschnittslohnes von 4 M. darf keine Akkordarbeit vereinbart werden. Ueberschichten innerhalb und oberhalb der Grube sind zu verbieten, höchstens in dringenden Fällen zu gestatten. Vor Arbeitsorten mit mehr als 25 Grad Celsius Wärme darf die Schichtzeit täglich nur 6 Stunden betragen, während Betriebe mit mehr als 40 Grad Celsius überhaupt unstatthaft sein sollen.“

Müller Waldenburg sprach hierauf über die Reform der Berginspektion. Er begründete folgende Resolution:

„Seit Einführung des Freibaus in deutschen Bergbetriebe, Mitte der 60er Jahre, wodurch die staatliche Kontrolle der Grubenbetriebe sich sehr verminderte, hat sich die prozentuale Zahl der Unfälle fortgesetzt vermehrt. Die schweren, entschädigungs-pflichtigen Unfälle haben sich in den letzten Jahrzehnten sogar verdoppelt. Es erscheint daher eine durchgreifende Reformirung der deutschen Berginspektion als ein unabwendbares Bedürfnis. Unseres Erachtens wird das Leben und die Gesundheit der Bergarbeiter weit besser geschützt, wenn man den heute amtierenden, an Zahl völlig unzulänglichen Berginspektoren Hilfskontrollanten aus den Reihen der Bergarbeiter zur Seite stellt. Diese Hilfskontrollanten müssen in geheimer, direkter und von den Unternehmern völlig unbeeinflusster Wahl von den Belegschaften gewählt, vom Staate bevollmächtigt und besoldet werden.“

Dieser Teil der Reform der Berginspektion wird von der Bergarbeiterschaft für so durchaus notwendig gehalten, daß, sollte es nicht anders möglich sein, sie sogar die Besoldung der Hilfskontrollanten übernimmt.

Für die Weiterführung auf den Gruben ist beim Steinlohlen Bergbau auf jeder in Förderung stehenden Schachanlage ein besonderer Wetterbeamter anzustellen.

Auf Schlagwetterschächeln ist in den Höhlen, wo konzentrierter Betrieb besteht oder entwickelt wird, nur bei elektrischen Lampen, wie solche auf „Hiberna“ bei Belsenkirchen eingeführt werden, zu arbeiten, damit die Unglücke durch Gasexplosionen, welche man auf die sich als sehr gefährlich herausgestellten Wetterlampen zurückführt, vermieden werden.

Es ist ferner die notwendige Ergänzung des jetzigen, auf die saugende Methode gegründeten Bewetterungssystems vorzunehmen, so zwar, daß der Bergmann nicht mehr genöthigt ist, in einem unbewerteten Streckenende von 10 und mehr Metern Länge zu arbeiten. Entweder sind diese unbewerteten Streckenenden mit einer Luze entsprechend großer Lutten, oder mit einer Abhrentour, durch welche die frische Tagesluft bis fast unmittelbar vor Ort geführt wird, zu versehen.

Schlieflich sind die Wettermessungen drei bis fünf Meter vor Ort vorzunehmen, am festzustellen, wie viel frische Luft dem Arbeiter thatsächlich zugeführt wird. Die jetzigen Wettermessungen erfüllen diesen Zweck nicht und sind daher fast wertlos. Die Ergebnisse der Wettermessungen sind der Belegschaft durch öffentlichen Anschlag bekannt zu machen.

Es ist ferner strengstens darauf zu sehen, daß kein Mitglied der staatlichen Grubenkontrolle in irgend einer Weise an den Grubenbetriebe interessiert ist. Die heute bestehende gesetzliche Bestimmung, wonach die Theilhaberschaft des Revierbeamten an den Gruben seines Bezirkes nicht gestattet ist, genügt nicht im geringsten.“

Die Resolution wurde mit folgendem Zusatz angenommen:

„Für jede Grube mit einer Belegschaft von über 600 Mann ist von den Arbeitern ein Hilfskontrollant zu wählen, wenn die Grube nicht mit einer anderen in Verbindung steht. Zu Hilfskontrollanten können nur solche Arbeiter gewählt werden, die mindestens zehn Jahre auf einer Grube gearbeitet haben. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre, eine Wiederwahl ist zulässig. Die Absetzung eines Hilfskontrollanten kann nur durch die Mehrheit der Wähler erfolgen, wenn sich der Hilfskontrollant seiner Funktionen nicht gewachsen zeigt oder die Interessen der Arbeiter verlegt.“

Im weiteren beschäftigte sich der Kongress mit der Reform des Knappschafts- und staatlichen Versicherungswesens. Der Referent, Henker aus Pöhlitz i. S., bestricherte einen Antrag, worin als Grundlage einer zeitgemäßen Reform folgende Forderungen aufgestellt werden:

- 1. Vereinheitlichung des gesamten deutschen Knappschaftswesens. 2. Einheitliche Beiträge, einheitliche Renten, letztere nur nach Dienstalter berechnet, deshalb Befreiung der Massenentbehrung, sowie der umständlichen Mitgliedschaft. 3. Erhöhung der Leistung der Renten (Kranken-, Pensions- und Sterbegeld) auf ein den allgemeinen Bedürfnissen und dem Zweck der Renten entsprechendes Verhältnis. 4. Befreiung der Anrechnung anderer Renten auf die Knappschaftsrente, solange und soweit diese nicht den früheren Durchschnittslohn übersteigen. 5. Solange das Klassenwesen nicht einheitlich geregelt: Einführung eines Klassenverhältnisses für alle deutschen Knappschaftsklassen. 6. Festsetzung eines Dienstalters von 25 Jahren, nach welchem bei Aufgabe der Bergarbeit Invalidenrente gewährt wird, ohne daß Erwerbsunfähigkeit nachgewiesen zu werden braucht. 7. Freie Arztwahl, Zulassung von Naturheilkundigen. 8. Wenn nicht Invaldifizirungsberechtigt vorliegt: Rückzahlung der Beiträge aus der Pensionklasse bei Aufgabe der Bergarbeit, ganz gleich ob diese freiwillig oder durch Aufkündigung seitens des Berges aus irgend welchem Grunde geschieht, wenn zur Rente nicht freiwillig fortgesteuert wird, was als zulässig

erläßt werden muß. 9. Volle Selbstverwaltung der Kasse durch die Arbeiter.

Bezüglich der Unfallversicherung fordert der Kongress einen zum Wohle und im Interesse der Arbeiter liegenden Ausbau dieses Gesetzes, insbesondere aber Beseitigung der Bestimmung im § 8 des Unfallversicherungsgesetzes, die Anrechnung der Unfallrente auf andere Unterstützungsgelder betreffend, und zwar so lange und so weit diese nicht den früheren Durchschnittslohn übersteigen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Sache aus Svidau sprach dann über die Notwendigkeit eines Reichs-Berggesetzes. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach die Leitung des Kongresses den Auftrag hat, beim Reichstag um Erlass eines solchen Gesetzes zu petitionieren. Weiter heißt es in der Resolution:

Der Kongress hält in erster Linie für notwendig, daß durch das zu schaffende Gesetz die soziale Lage aller deutschen Bergarbeiter einheitlich reformiert wird. In das Gesetz ist die Bestimmung aufzunehmen, daß jedem auf einem Bergwerk beschäftigten Arbeiter ein Exemplar dieses Gesetzes auf Kosten des Reiches verabreicht werde. Der Kongress fordert, daß die Reviersteiger vom Oberbergamt ange stellt und vom Staate besoldet werden. Der Kongress verlangt den gesetzlichen Achtstundentag für alle Bergarbeiter. In Arbeitsorten mit mehr als 25 Grad Celsius Wärme darf jedoch die Schichtzeit täglich nur sechs Stunden betragen, während Betriebe mit mehr als 40 Grad Celsius überhaupt unstatthaft sein sollen. Die Bestimmungen über Abkühlung der Arbeiter sollen humaner abgefaßt werden als die bisherigen waren. Ferner soll in dem Reichs-Berggesetz auch die Grubenkontrolle geregelt und insofern verbessert werden, daß auf je zweitausend Bergarbeiter ein Kontrollbeamter eingestellt wird, der von den Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt und aus Staatsmitteln besoldet wird. Um die kolossalen Unfälle zu vermindern, soll durch dieses Gesetz auch das Gedinge-Arbeitsverhältnis für die Arbeiter und das Fehlen von Lantienen für Mehrförderung an die Beamten verboten werden. Des Weiteren sollen für alle Gruben Mannschafsbücher vorgeschrieben werden. Die Arbeitsbücher sollen so gut wie bei allen gewerblichen Arbeitern auch für die Bergarbeiter verboten werden. In diesem Gesetz soll achtstündige Lohnzahlung (am Freitag jeder Woche) und auch Aus händigung von Lohnzetteln oder Lohnbücher an alle Arbeiter vorgeschrieben werden, damit die Arbeiter stets Nachweise über ihren Lohn in Händen haben. Namentlich soll auch das Knappschafts-Pensions-Kassenwesen reichsweit geregelt und reformiert werden. (Hier folgen eine Reihe Vorschläge.)

Schließlich fordert der Kongress die Einführung einer Berufungsinstanz für alle Berg-Schiedsgerichte.

Beim Punkt Organisation, worüber der Bergarbeiter Max Firsch sprach, wurde einstimmig das folgende beschlossen:

Der Kongress erkennt an, daß eine starke, alle deutsche Berufs genossen umfassende Organisation nur allein im Stande ist, die Berg- und Hüttenleute vor gegnerischen Übergriffen und gesundheits schädlicher Ausnutzung durch die Unternehmer zu schützen. So wenig die Unternehmer nach dem religiösen oder politischen Glaubensbekenntnis ihrer Verbandsgenossen fragen, gerade so wenig Ursache haben die Arbeiter, in ihrer rein wirtschaftlichen Organisation Fragen der Religion und Politik zu erörtern. Es ist im Gegenteil, wie die Erfahrung lehrt, ein Lebensprinzip der Arbeitervereinigungen, alle Berufs genossen, ohne Rücksicht auf deren sonstige Anschauungen, in sich aufzunehmen. Innerhalb der Organisation strenge gewerkschaftliche Disziplin, außerhalb des Verbandes volle Freiheit des einzelnen, nach seiner politischen und religiösen Überzeugung zu handeln. Weil die Unternehmer internationale Vereinbarungen in volkswirtschaftlichen Dingen treffen, so sind die Arbeiter genötigt, ein Gleiches zu thun und müssen wir mit unseren ausländischen Berufsgenossen und verständigen über ein etwaiges zum Schutze der Arbeiter notwendigen Vorgehen. Der Kongress erkennt an, daß für unseren Beruf der „Deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Verband“ diejenige Organi sation ist, die allen an eine wirkliche Arbeiterorganisation zu stellen den Ansprüchen einzig Genüge leistet.

Weiter wurde ein Protest gegen den Posadowsky'schen Erlass beschlossen. Ferner gab der Kongress die Erklärung ab, daß Schröder und Genossen unschuldig verurteilt worden seien und obwohl ihnen die bürgerlichen Ehrenrechte abgenommen worden, sie in den Kreisen der Arbeiter nach wie vor als Ehrenmänner galten.

Zum Ort des nächsten Kongresses wurde Halle a. S. bestimmt. Ebert aus Falkenau i. B. versicherte die deutschen Kameraden der vollständigen Uebereinstimmung der Delegationen.

Nach einem Schlusswort Brüggemann's (Generalkommission) und Schröder's wurde der Kongress mit dem Rufe „Glückauf!“ beendet.

Die Einzelmitglieder des Verbandes der in Konsum- und ähnlichen Vereinen beschäftigten Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands hielten am 11. April in Halle a. S. eine Generalversammlung ab. Anwesend waren 114 Teil nehmer aus 27 Vereinen. Die Mitgliederzahl des Verbandes ist von 200 auf 300 gestiegen. Die Einnahmen betragen 2346,26 M., einschließlich eines früheren Bestandes von 731,44 M. Ausgegeben wurden 1202,15 M. Ueber die statistischen Erhebungen wurde mitgeteilt: Es seien 65 Berichte über die Verhältnisse von 305 Lagerhaltern und 17 Lagerhalterinnen eingegangen (mehr gegen das Vorjahr: 28 Berichte über 90 Lagerhalter und 8 Lager halterinnen). Nach diesen Berichten betrug die niedrigste Geschäfts- und Arbeitszeit wöchentlich 61 Stunden, die höchste 96 Stunden. Die letztere war in zwei Geschäften üblich. Die Sonntagsruhe war in 14 Vereinen durchgeführte, in 26 Vereinen wurde Sonntags geoffnet; im Vorjahre waren es 13 bez. 33 Vereine. Mittags wurde in 16 Vereinen geschlossen, in 26 Vereinen nicht. Die Frauenbeschäftigung ist dieselbe wie früher, doch haben einzelne Verwaltungen Erleichterungen für die Frauen geschaffen. Gehalt wurde als niedrigste 17 M., als höchste 40 bis 44 M. pro Woche genannt und die Bezahlung nach Prozentsatz als verwerflich gerügt. In Dividenden wurden 4%, bis 18 pCt. gezahlt. Aus den Berichten geht hervor, daß die Verwaltungen sich bemühten, Verbesserungen der Lage der Angestellten herbeizuführen.

Die Generalversammlung nahm einige Statutenänderungen vor und beschloß weiter, ein Blatt obligatorisch einzuführen. Als solches wurde das in Hamburg erscheinende „Handlungsgehilfenblatt“ gewählt. Der bisherige Vorstand wurde mit der Ausnahme wieder gewählt, daß an Stelle des Kollegen Pechold der Kollege Thiem in Leipzig tritt.

Kokales.

Künster Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. April, früh 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblatt-Verteilung zu den bevorstehenden Reichstags-Wahlen statt. Die Genossen wollen sich in folgenden Lokalen rechtzeitig einfinden: 1. Greißwalderstr. 3 bei Eichhorn; 2. Mendelssohnstr. 16, Ecke Jostystraße bei Kubnow; 3. Hirtenstr. 10 bei Rüdych; 4. Kleine Hamburgerstr. 27, Ecke Elssasserstraße, bei Wittchow; 5. Luisenstr. 5 bei Schmidt. Wir eruchen nochmals die Parteigenossen, sich thätig an der Verbreitung beteiligen zu wollen. — Gleichfalls sei darauf hingewiesen, daß am Montag, den 18. April, in der „Tonhalle“, Friedrichstr. 112, eine Volksversammlung stattfindet, in welcher der Kandidat des Reichstags-Abgeordneter Robert Schmidt, über: „Beute politik oder Arbeiterpolitik“ sprechen wird. Die Ver trauenspersonen.

Freie Volkshöhle. Die „Weber“-Vorstellung der 4. Abteilung ist am Sonntag, den 17. April, im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. Die Mitglieder der 5. Abteilung werden besonders darauf aufmerksam gemacht, daß sie an zwei Sonntagen hinter einander Vorstellung geben, und zwar am 17. April im Festungs-Theater „Caprienne“ und am 24. April „Die Weber“ im Friedrich Wilhelmstädtischen Theater. Es sind daher die Beiträge rechtzeitig

zu entrichten. Nachzügler aus anderen Abteilungen können nur Zutritt erhalten, soweit Raum vorhanden ist, und zwar nur einen Stehplatz, da die Sitzplätze für die Mitglieder der betreffenden Ab teilung reserviert sind. (Siehe heutiges Inserat.)

Die Einteilung der Wahlbezirke der Stadt Berlin für die Reichstagswahlen nach Maßgabe der sechs Wahlkreise ist bereits aufgestellt. Nach derselben gehören:

zum I. Wahlkreis die Wahlbezirke 1—30 und 569—574, bestehend aus den Stadtbezirken 1—20 und 288 und 294; zum II. Wahlkreis die Wahlbezirke 31—154 und 228 bis 285, bestehend aus den Stadtbezirken 21—780 und 114—117; zum III. Wahlkreis die Wahlbezirke 155—161, 170—171, 236—278, bestehend aus den Stadtbezirken 79—82, 87 und 118 bis 144; zum IV. Wahlkreis die Wahlbezirke 162—169, 172 bis 227 und 279—377, bestehend aus den Stadtbezirken 83—86, 88 bis 113 und 145—191; zum V. Wahlkreis die Wahlbezirke 378—424 und 561 bis 568, bestehend aus den Stadtbezirken 192—217 und 279—282; zum VI. Wahlkreis die Wahlbezirke 425—560 und 575—663, bestehend aus den Stadtbezirken 218—278 und 285 bis 328 B.

Demnach umfaßt der I. Wahlkreis 36 Wahlbezirke, der II. Wahlkreis 182 Wahlbezirke, der III. Wahlkreis 52 Wahlbezirke, der IV. Wahlkreis 163 Wahlbezirke, der V. Wahlkreis 65 Wahlbezirke, der VI. Wahlkreis 225 Wahlbezirke. Zusammen 663 Wahlbezirke.

Die Zahl der Wahlberechtigten war 1898 im ersten Wahlkreise 20 169, im zweiten Wahlkreise 75 857, im dritten Wahlkreise 32 570, im vierten Wahlkreise 93 063, im fünften Wahlkreise 31 897, im sechsten Wahlkreise 121 625. Gegen 1890 hatte die Zahl der Wahlberechtigten abgenommen im ersten Wahlkreise um 1071, im dritten Wahlkreise um 1968, im fünften Wahlkreise um 650. Eine Zunahme der Wahlberechtigten war zu verzeichnen im zweiten Wahlkreise um 8279, im vierten Wahlkreise um 8788, im sechsten Wahlkreise um 17 165. Wahrscheinlich wird die Abnahme der Wählerzahl in den inneren Stadtteilen und die Zunahme an der Peripherie sich bei der dies-jährigen Wahl noch bedeutend auffälliger bemerkbar machen. Schon 1893 hatte ein Wähler des ersten Berliner Reichstags-Wahlkreises ein sechsfach größeres Stimmengewicht als ein Wähler des sechsten Wahlkreises. Und das Wahlrecht, unter welchem eine derart un gerechte Verteilung des Einflusses der Wähler möglich ist, wollen die junkerlichen und bourgeoisen Feinde des deutschen Volkes, sobald sie die Macht dazu haben, noch bedeutend vergrößern, ja, wenn mög lich, ganz beseitigen. Da ist es Pflicht der Wähler, auf der Hut zu sein und dem reaktionären inneren Feinde eine Niederlage beizubringen, daß ihm der Appell zu ferneren Attentaten vergeht.

Die impouirende Würde, mit der das deutsche Proletariat des 18. März 1948 als des größten Ehrentages der deutschen Ge schichte gedacht hat, ist natürlich den Feinden und Anfeindern des Volkes höchst unangenehm gewesen. In ihrer Rath griffen die Rich schrittler zu dem Verlegenheitsmittel der Verleumdung, und in zahl reichen Blättern und Schriften waren daher vor einigen Wochen die unglücklichsten Mißverständnisse aufgestellt, um das Andenken der Märzämpfer zu schmälern. Besonders häufig wurde hierbei ein Memoirenwert eines Prinzen Kraft zu Hohenlohe-Ingelfingen zitiert, das eine Menge abgefeimter Don Quixoterien darüber enthielt, wie die „treuen“ Soldaten am 18. März im Berliner Rathhause unzählige Polen und Franzosen niedergemacht und somit durch die tapfere That den Beweis erbracht hätten, daß außer den Juden nur ausländische Emigranten verschmutzte Schürer des Auf rufes gewesen seien. Verständige Leute lachten über den prinzipiellen Barmherzigkeit und seine von A bis Z erfundenen Märchen, aber für die vollstündliche Presse waren die Lügengeschichten ein gefundenes Fressen.

Annemehr muß der Herr an bekannte Offensivschäpe Operetten gestellten erinnere Prinz Kraft es sich gefallen lassen, daß er von einer Seite, von der es sich wohl am wenigsten vermutet hätte, beim Ohrgipfel genommen wird.

Die „Kreuz-Zeitung“ wendet sich gegen ihn. Und das kommt so. Im großen Namich schrieb die Durchlaucht auch, wie es in dem Junkerblatt heißt, „mit nicht zu verkennender Malice von dem demaligen Oberstleutnant a. D. Frhrn. v. Winde“, „früheren Generalstabs-Offizier des Prinzen von Preußen“, der von Barricade zu Barricade gegangen sei und unbefugter Weise den Befehl zur Räumung den Truppen weiter getragen, die darauf ihm angethanen Unfällen ruhig hingegenommen habe, in Liegnitz ver suchte, das Kommando zu übernehmen, und auch in Breslau in die Angelegenheiten zu menden sich unterfangen hätte; daß er aber zu entschuldigen sei, da er schließlich in einem Irrenhause Auf nahme gefunden hätte.“

Dem gegenüber beweist die „Kreuz-Zeitung“ jezt klipp und klar, daß der genannte Oberstleutnant weder in einer solchen Anstalt irgend eine Zeit zugebracht, noch in Breslau oder Liegnitz in jener Zeit gewirkt, noch aber in Berlin die Räumung veranlaßt, sondern im Gegenteil seines Benehmens wegen sich der Anerkennung des gewis entschlossenen Mannes jener Tage, des Prinzen von Preußen, zu erfreuen gehabt hat.

Die Schriftstücke und Urkunden, durch welche der Prinz Kraft als Lügenperpetrator hingestellt wird, können nicht weiter interessieren. Möglicherweise werden die Edelsten der Nation es der „Kreuz-Zeitung“ stark verzeihen, daß sie in so ungewöhnlicher Weise einmal der Wahrheit die Ehre gegeben und einen schlagenden Beweis von der unanfechtbaren Gesinnung der Volksfeinde erbracht hat.

Eine häßliche Gesellschaft. Die „Vorfachenschaftl. Blätter“ schreiben: „Durch die Tagespresse ging die Meldung, daß im Friedrichshain auf den Gräbern der Märzgefallenen von 1848 neben den Kränzen der Sozialdemokraten 15 deutsche Burschen schäbste eine Krone mit Widmung und schwarz-roth-goldener Schleife niedergelegt hätten. Ob die offensichtlich tendenziös auf gepunkte Nachricht auf Thatsachen (1) beruht, läßt sich nicht mehr feststellen. Immerhin sieht sich der Berliner D. S., als zunächst Beteiligter, zu der Erklärung genötigt, daß von ihm die Krone niederlegung, die am 18. März und unter den gegebenen Umständen als einseitige Demonstration aufgefaßt werden kann, nicht angeregt ist, und daß er sie als Demonstration unter der obigen Voraufsetzung nicht billigt.“

Diese Zammerkerle sind die Epigonen jener Jünglinge, die einst für die Einheit und Freiheit Deutschlands Verfolgungen erlitten haben, wie sie heutigen Tages nur über Sozialdemokraten verhängt werden.

Der Polizeipräsident erläßt folgende Warnung: Unter dem Namen eines Grafen Beybel von Gannich, Grafen Roggini, von Bihg, von Schultenburg sucht der geistreiche Kommiss Willibald Deel sich in den verschiedensten Geschäften, namentlich Konfektions- und Goldwaarengeschäften auf Kredit Waaren zu entnehmen, was ihm in vielen Fällen auch gelungen ist. Es wird vor diesem Man schen, der völlig vermögenslos ist, gewarnt. Derselbe ist 19 Jahre alt, hat dunkles Haar, kleines dunkles Schnurrärtchen, ist groß und schlant und tritt sehr elegant auf.

Ueber die Verzweiflungsthat einer Verlassenen, mit der sich die zweite Strafkammer am Landgericht II. zu beschäftigen hatte, wurde vor einigen Tagen in den Zeitungen berichtet. Ein junges Mädchen, welches von einem Fabrikdirekten in Calbe a. S. dem Glend preisgegeben wurde, nachdem sie Mutter geworden und aus formellen Gründen mit ihren Alimentsanprüchen abgewiesen worden war, hatte in ihrer Verzweiflung einen Drobbrief an den Teufel geschrieben und sich dadurch der verfluchten Erpressung schuldig gemacht. Sie wurde daher unter Ausdrücken des Bedauerns zu der geringsten zulässigen Strafe von einer Woche Gefängnis verurteilt. Mit dieser Verurteilung scheint sich das Geschick der Verlassenen secundärer gestalten zu wollen, denn der Vorsitzende der betreffenden Kammer, Landgerichtsdirektor Stäber, empfangt unmittelbar nach dem Erscheinen des Berichtes ein Schreiben eines

hochangesehenen Mannes in einem Sororte, der um die Adresse des Mädchens bat, da er ihr ein passendes Unterkommen schaffen wolle, welches sie in den Stand setze, für ihr Kind zu sorgen. Land gerichtsdirektor Stäber hat das Schreiben sofort an den Ber theidiger, Rechtsanwalt Wollner, mit dem Gesuchen gelangen lassen, das weitere zu veranlassen, was natürlich sofort geschehen ist.

Autofuggektion. Eine merkwürdige „eingebildete Kranke“ war das 25 Jahre alte Dienstmädchen Emilie Nikola, über dessen „gesunden Schlaf“ wir am Sonnabend berichteten. Das Mädchen stand, wie wir mittheilten, am Sonnabend Morgen mit einem stechenden Schmerz in der Brust und Athembeschwerden auf. Da es kein künstliches Gebiß von neun Zähnen nicht finden konnte, so glaubte es, dieses im Schlafe verschluckt zu haben und so zu den Schmerzen und Beschwerden gekommen zu sein. Im Krankenhaus konnte man von dem Gebiß auch nicht eine Spur entdecken; da das Mädchen aber dabei blieb, genau zu wissen und zu fühlen, so behielt man es da, um den sonderbaren Fall weiter zu behandeln. Am letzten Besuchsstage aber kam eine überraschende Aufklärung. Ein An gehöriger kam und brachte der Kranken das Gebiß mit; man hatte es unterdessen im Bett zwischen der Planke und der Matratze ge funden. Sobald das Mädchen, das ununterbrochen bis zum letzten Augenblicke Schmerzen empfunden hatte, das Gebiß vor Augen sah, schwand sofort die Einbildung, die Krankheit machte auf der Stelle völliger Gesundheit Platz, jedes Schmerzgefühl war geschwunden. Die Wiedergenesene verließ sofort das Krankenhaus.

Ausdrömende Gase haben wieder einmal großes Unheil ange stellt. In der Küche der Familie Schlegler, Courbidirekt. 18, befindet sich eine Gaslecheinrichtung, welche durch Unachtsamkeit der damit betrauten Dienstmagd gestern Abend geöffnet blieb. Weiterhin hatte man unterlassen, den Hauptabzug abgedreht, jedoch während der Nacht eine große Menge Gas auströmte. Die beiden auf dem Gängeboden, unmittelbar neben der Küche, schlafenden Mädchen sind infolge der Gasvergiftung schwer erkrankt. Eines der Mädchen mußte nach dem Krankenhause übergeführt werden. Auch die Gattin des Kaufmanns Schlegler wurde völlig betäubt aufgefunden.

In einem Hotel der Friedrichstadt vergiftet hat sich eine Dame, die sich als Frau v. Liebert aus Wien in das Fremdenbuch eingetragen hatte. Sie wohnte bereits seit vierzehn Tagen hier und hinterließ einen Brief an den Polizeipräsidenten.

Auch das dritte Opfer des Familien dramas in der Albederstraße, der achtjährige Sohn Fritz der Wittwe Volkman, ist jezt zum Vorklein gekommen. Seine Leiche ist gestern Nachmittag auf Charlottenburger Gebiet aus dem Landwehrkanal gefahndet worden, nicht weit von der Stelle, wo man vor einigen Tagen die Leiche der Mutter fand.

Beim Indianerspielen ist Dienstag Nachmittag der 15 jährige Arbeitsbursche Georg Lawrenz durch einen Schuß schwer verletzt worden. Lawrenz, der Sohn eines Maurers, ging mittags mit einem Bekannten nach den Wiesen, die zwischen der Seestraße und der Jungfernhaide liegen. Hier trafen die Beiden vier ihnen un bekannte Knaben im Alter von 12—14 Jahren und baigten sich mit ihnen herum. Aus einem Ringkampf entwickelte sich ein Indianerspiel. Plötzlich bekam Lawrenz von einem der unbekannteren Bur schen anscheinend aus einem Zerschnitten eine Bleikugel in den Rücken und brach schwerverletzt zusammen. In der Klinik in der Ziegelstraße liegt er bedenklich darnieder. Der Thäter ist noch nicht ermittelt.

Lebensgefahr im Militärkranke. Das Polizeipräsidentium giebt bekannt: Um die dem Publikum drohende Gefahr, durch abirrende Geschosse aus den Schießständen der Hasenhaide getroffen zu werden, nach Möglichkeit abzumindern, wird vor unvorsichtiger Annäherung bzw. dem Betreten des Tempelhofes Gezerplatzes und der Hasen haide gewarnt. Zugleich werden die Eltern und alle diejenigen, welchen die Obhut von Kindern anvertraut ist, hierdurch aufgefordert, die Kleinen auf die Gefahr aufmerksam zu machen, welcher sie sich bei dem Betreten dieser Gebiete aussetzen.

Die Brückenstraße zwischen der Rung- und der Köpnickstraße wird wegen Umbaus der Gasanlage vom 18. bis 16. d. M., die Petristraße von der Gertrandenstraße bis zum Hause Nr. 28 zur Auswechslung von Gasröhren bis zum 18. d. M. für Fahr werke und Reiter gesperrt.

Infolge Abbruchs des Hauses Neu-Cölln am Wasser 24 ist der dort aufgestellt gewesene Haus-Feuermelder beseitigt worden.

Aus Liebesgram hat am Dienstag das Dienstmädchen Anna Conrad, das seit einem Jahre bei dem Fabrikanten Stegmüller am Mariannenplatz 18 in Stellung sich befand, Selbstmord begangen. Das Mädchen war mit ihrem Geliebten in Jernkniffen gerathen und tötete sich durch einen Revolver schuß ins Herz.

In einem Anfall von Schwermuth hat der 62 jährige Rentner Wilhelm Engeling, eine auf dem Gesundbrunnen sehr bekannte Persönlichkeit, sich in der Nähe von Oranienburg an einem Baum erhängt.

Eine starke Gasexplosion, bei der ein Mann erheblich ver brannte und ein Kind in Lebensgefahr schwelte, ereignete sich Mittwoch Abend Größstr. 1. Dort hatte bisher im 3. Stock der Kaufmann Overack seine Privatwohnung, die er jedoch nach dem 2. Stock verlegen wollte. Ein Theil der Möbel war bereits dorthin geschafft, darunter auch der große Kron leuchter. Das Abnehmen des letzteren war aber nicht durch Fach leute, sondern durch Bureaupersonal erfolgt, wobei jedenfalls das Gasrohr an der Deckenrose nicht fest verschraubt wurde, wodurch Gas auströmte und durch die Decke in die darüber liegende Woh nung des 4. Stockes drang. Die hier wohnende Reinmachefrau Hoffmann wurde plötzlich durch das bedrückende Röcheln ihres halb jährigen Kindes aufmerksam und rief in ihrer Angst den da neben wohnenden Mechaniker Henschke, der sofort einen intensiven Gasgeruch feststellte und nach dem dritten Stock hinauf eilte, wo er Frau Overack traf, der soeben die Stube betreten wollte. Raum war die Thür geöffnet, als eine gewaltige Detonation erfolgte, wodurch die Fenster scheiben auf die Straße geworfen und die Stubendecke stark beschädigt wurde. Im Zimmer lag ein Arbeiter auf dem Boden, während der Buchhalter Alfred Zeule starke Brandwunden im Gesicht und an den Händen davon getragen und sich das Kopfhaar verbrannt hatte. Die Explosion war beim Abnehmen der schadhafsten Stelle ent standen. Die alarmirte Feuerwehr beseitigte jede weitere Explosions gefahr.

Feuerbericht. Dienstag Abend 10 1/2 Uhr wurde die Feuerwehr nach der Straße Am Circus 12a gerufen, wo die Balkenlage brannte. Mittwoch Mittag 11 Uhr erfolgte Lindowstr. 17 ein Dachstuhlbrand, der die Wehr längere Zeit beschäftigte.

Die 7. händliche Fortbildungsschule für Jünglinge und Erwachsene, Größstr. 85/86, nahe der Rotthuber Brücke, eröffnet am Donnerstag, den 14. April, ihr Sommersemester. Die Anstalt bietet muentgeltlichen Unterricht in Deutsch, Rechnen, Geometrie, Physik und Chemie, in Firtel, Projektions-, Ornament- und Körper zeichnen, in der einfachen und doppelten Buchführung. Außerdem wird gelehrt: Französisch und Englisch, Freizeichnen für Gravure, Lithographen u. s. w., wofür halbjährlich 4 M., Stenographie und Maschinenzeichnen, wofür 2 M., Modelliren, wofür 1 M. zu zahlen ist. Der Unterricht, der in ausföehrenden Kurfen ertheilt wird, findet von 7 1/2—9 1/2 Uhr abends, Sonntags von 8—9 1/4 Uhr vor mittags statt. Anmeldungen nimmt noch täglich von 12—1 Uhr und 7—9 Uhr, Sonntags von 8—9 1/4 Uhr der Leiter der Schule, Rektor Falh, im Schulhause, Hof rechts parterre, entgegen.

Unterricht im Englischen. Freitag, den 15. April wird an der 4. Fortbildungsschule für Jünglinge, Veinersdorferstraße 18, wieder ein neuer Kursus im Englischen eröffnet. Der Unterricht erfolgt Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr und be ginnt sofort mit Englisch-Sprechen, dem äußerst billige Lektoren und Lektörchen, wie sie in englischen Schulen benutzt werden, zu grunde liegen. Namentlich für junge Kaufleute, die ins Ausland gehen wollen, empfehle ich der Kursus, aber auch für Handwerker. Das Unterrichtshonorar beträgt nur 4 M. pro Halbjahr. Anmeldungen, auch schriftliche, nimmt noch täglich Rektor Lugenberger entgegen.

Aus den Nachbarorten.

Achtung, Schöneberg! Noch einmal weisen wir darauf hin, daß die Stichwahl im 5. Bezirk am heutigen Tage, vorm. 11 bis nachm. 5 Uhr, im Lokale von Reumann, Goltstr. 10, stattfindet. Wir erziehen alle Arbeiter, ihre Pflicht zu erfüllen. Parteigenossen, welche sich dem Komitee zur Verfügung stellen wollen, mögen sich bei Döb, Brunenwaldstr. 110, einfinden. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Aus Nixdorf. Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich gestern Nachmittag in der Steinwegstraße. Das 6jährige Stübchen der Zimmermann Scheffler'schen Eheleute sah aus dem Fenster der im dritten Stock belegenen elterlichen Wohnung auf die Straße hinab, verlor dabei das Gleichgewicht und stürzte in die Tiefe. Das unglückliche Kind erlitt so schwere Verletzungen, daß es bald darauf verstarb. — Die Arbeitnehmer-Mitglieder der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse haben am 15. d. M., abends 8 Uhr, im „Deutschen Wirtschaftshaus“, Bergstr. 137, vier Delegierte zu wählen, worauf wir hiermit die Mitglieder aufmerksam machen. — Ein großer Einbruchdiebstahl wurde in der Nacht zum zweiten Osterfeiertag in dem Baarenhaus von Lesure u. Raphael in der Hermannstraße verübt. Die Diebe haben besonders größere Posten Kleidungsstücke und Wäsche entwendet. Bisher fehlt von den Tätern jede Spur.

Stützengelds Nachfolger. Die interimistische Verwaltung des Landratsamts in Belgis ist, nachdem dem Landrath v. Stützengeld die nachgesuchte Dienstentlassung erteilt worden, dem Regierungs-Ressort v. Tschirsky und Bögenhoff vom 1. April ab übertragen worden.

Vom neuen Vorflutwerk bei Tegel sind jetzt sämtliche Fabrikgebäude im Ausheren fertig, und auch das an der Tegeler Chaussee liegende große Verwaltungsgebäude, mit dessen Bau zuletzt begonnen wurde, ist schon bis zum obersten Stockwerk aufgeführt. Zum Teil ist auch der Betrieb bereits eröffnet worden, indem die in der Moabit Fabrik fertiggestellten Maschinenwerke nach Tegel gebracht und im dortigen Montagegebäude zusammengesetzt werden.

Der Regierungspräsident in Potsdam hat nach Anhörung der beteiligten Fischereiberechtigten auf den öffentlichen Gewässern zwischen Spandau und Brandenburg im Zuge der Davel 51 neue Fischkontrollreviere angeordnet, wo die Ausübung jeder Art der Fischerei für die Zeit vom 10. April bis 1. Juli jedes Jahres verboten ist.

Die Direktion des königlichen meteorologischen magnetischen Observatoriums auf dem Telegraphenberg bei Potsdam hatte, wie seinerzeit berichtet, nicht nur gegen die Anlage von elektrischen Bahnen und Elektrizitätswerken im weiteren Umkreise des Instituts, sondern auch gegen den Bau eines zweiten Wasserwerkes der Stadt Potsdam auf dem Brauhausberge Einspruch erhoben. Nachdem nunmehr Verhandlungen über diese Angelegenheit stattgefunden haben, hat das Observatorium seinen Einspruch gegen den Bau des Wasserwerkes zurückgezogen.

Gerihts-Beitrag.

In praktischer Weise entkräftete gestern der Kaufmann Max Schwarz aus Wlarsch eine auch und zugegangene Zeitungsnote, die in hiesigen Zeitungen über ihn erschienen war. Schwarz hat unter der Auflage, eine ganze Reihe deutscher Kaufleute betrügerischerweise um große Summen gebracht zu haben, längere Zeit in Untersuchungshaft gesessen. Er ist schließlich gegen eine Bürgschaft von 10000 M. aus der Haft entlassen worden, nachdem die Voruntersuchung ergeben hatte, daß die Anlagepunkte wesentlich zusammengekauft sind. Die am Montag veröffentlichte Zeitungsnote besagte nun, daß Schwarz es vorgezogen habe, kurz vor dem unmittelbar bevorstehenden Verhandlungstermin unter Preisgabe seiner Bürgschaft spurlos zu verschwinden. Gestern ließ sich nun Herr Schwarz durch den Rechtsanwalt Dr. Sawindt zu dem Vorsitzenden der 5. Strafkammer, Landgerichtsdirektor Weinmann, führen, um durch dieses persönliche Erscheinen die völlige Grundlosigkeit jener Note zu beweisen. Da die Festsetzung eines Termins ist übrigens noch gar nicht zu denken, da zunächst noch ein Zeuge in England zu vernehmen ist und die Akten dorthin gewandert sind.

Einer Auflage wegen Veranforderung zum Zweikampfe bezw. Kartellstrafe, welche gestern vor der achten Strafkammer des Landgerichts I gegen die Bergingenieur Theodor Stegmann und Gustav Weinholz verhandelt wurde, lag folgender Sachverhalt zu Grunde: Im verflochtenen Herbst hatten die beiden Angeklagten bei einem hiesigen Pionier-Regiment an einem Manöver theilzunehmen. Als gelegentlich einer brendeten Übung die Gewehre zusammengeführt wurden, kam eine kleine Unordnung vor, die der Lieutenant Wandersleben mit den Worten rügte: „Na, natürlich wieder ein Einjähriger!“ Der Angeklagte Stegmann mußte diese Äußerung auf sich beziehen. Er trat vor, um sich zu verantworten, wurde aber hinsten durch den Lieutenant, der ihm „Halten Sie das Maul!“ rief, verhindert. Stegmann richtete eine Beschwerde an das Regiment und ließ außerdem nach beendetem Manöver den Lieutenant Wandersleben auf Säbel ohne Binden und Bandagen fordern. Wandersleben lehnte die Forderung ab, indem er dem Kartellträger Weinholz gegenüber äußerte, daß er die Entscheidung dem „Ehrenrathe“ unterbreiten werde. Das Duell ist unterblieben, die Sache dagegen zur Anzeige gelangt. Lieutenant Wandersleben erhielt von seinem Vorgesetzten einen Verweis, weil er eine Dienstleistung des Stegmann in einer Form gerügt habe, wodurch dessen Selbstbewußtsein verletzt wurde. Staatsanwalt Stachow beantragte gegen die Angeklagten, welche vom persönlichen Erscheinen entbunden waren, eine Festsetzungsstrafe von je einem Monat. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten Stegmann zu einem Monat, den Angeklagten Weinholz zu zwei Wochen Festung mit der Begründung, daß dieselben es bei der Beschwerde hätten bewenden lassen können.

Eine höchst lärmende Gerichtsverhandlung spielte sich gestern vor den Schranken des hiesigen Schöffengerichts ab und nahm einen so tragikomischen Verlauf, daß nicht nur das Publikum, sondern auch der Vorsitzende und die Schöffen wiederholt in schallendes Gelächter ausbrachen. Auf der Anklagebank saß ein altes, 72jähriges, graubärtiges Männchen, einen hellen Sommerüberzieher stolz zur Schau tragend und einen eleganten Chapeau-claque in der Hand, den er beifällig auf einen Stuhl des Anklagebalkens niederlegte. Es war der „alte Kluge“, eine stabilisierbare Persönlichkeit, der am Friedrichstraßen-Bahnhof, bei der Georgenstraße, das ehrsame Amt eines Stiefelputzers versieht und es bei dieser Beschäftigung zu einigem Wohlstande gebracht haben muß, denn sein Verteidiger verrieth dem Gerichtshof, daß verschiedene Vertreterinnen des weiblichen Geschlechts es verstanden haben, den gutgläubigen alten Mann um Geldsummen in Höhe von 2000 M. zu bringen. Die Unglücklichkeit, die Kluge zur Schan trug, wurde noch größer, als seine Ehefrau, mit der er seit 15 Jahren nicht zusammenlebt, in den Saal trat, um gegen ihn Zeugnis abzulegen. Er freckte verweilt die Arme gen Himmel, sie aber schüttelte mit einer Zungenkraft, gegen die die Kommandostimme eines Unteroffiziers als ein leises Geflüster zu erachten ist, die ganze Schale ihres Zornes gegen den Angeklagten aus, der, wie sie laut schreiend dem Vorsitzenden immer wieder versicherte, sie fünf ganze Leben unglücklich gemacht habe. Sie hatte schon in einem langen, mit Schimpfworten vollgeproppten Schriftsatz ihrem gerperten Herzen Luft gemacht und es als das erste Ziel ihrer Wünsche hingestellt, daß man ihren Ehemann, der sie schönede verlassen und mit einer anderen lebe, in ein Irrenhaus stecke, damit sie endlich vor ihm Ruhe habe. Jetzt, wo sie zum Sprechen kam, rissen alle Bande stromer Schen, sie schrie, daß die Fenster klirren und alle Bemühungen des Vorsitzenden und des Staatsanwalts, sie zu beruhigen, waren vergeblich: Die Sturmsucht ihrer Klagen schwenkte alle Hindernisse, die ihr entgegen gestellt wurden, hinweg und es bedurfte erst der empfindlichen Androhung von Ordnungstrafen, um die beinahe

60jährige Frau zu ruhiger Abgabe ihres Zeugnisses zu bewegen. Und was war die Ursache dieses erregten Zustandes? Er hatte sie, wie sie behauptet, viermal gröblich beleidigt. Fünfzehn Jahre lang sind sich die beiden aus dem Wege gegangen, da wollte es der böse Zufall — oder sollte es Absicht gewesen sein? — daß Frau Kluge viermal kurz hintereinander an dem Stande des Allen in der Friedrichstraße vorbeiging. Und da soll dem der Stiefelputzschäner-Direktor durch den Anblick seiner Gattin zu unliebswürdigen Worten verleitet worden sein, die das Strafgesetzbuch als Beleidigungen grober Art aufzählt. Einmal soll er sogar eine pantomimische Beleidigung hinzugefügt haben, die der Zeugin als die empörendste Ehrenkränkung erschienen ist: er soll ihr seine Keckheit gezeigt und dabei seinen Kopf höhnisch auseinandergeschlagen haben! Das war zu viel! Die Zeugin, die über die sämtlichen Beleidigungen gewissenhaft Buch geführt hatte, nahm nun die Hilfe des Staatsanwalts in Anspruch. „Das bin ich meiner Ehre schuldig!“ schrie sie mit einer Kraft hinaus, daß der alte Kluge förmlich zusammen tauchte, wiederum die Arme gen Himmel freckte und versicherte, daß er „unschuldig wie die Sonne und wie ein Kind in der Wiege sei“. Aber aufs Neue schossen Blitze aus den Augen der Zeugin und sie donnerte den Angeklagten mit den Worten nieder: „Du hast ja selbst den Prediger betrogen!“ Kluge mußte den Leidensticker bis zum letzten Tropfen leeren, denn der Staatsanwalt beantragte gegen ihn ein Monat Gefängnis. Der Gerichtshof verurtheilte ihn zwar nur zu 20 M. Geldstrafe, Herr Kluge war aber doch sehr betrübt und als er sich seinen Chapeau-claque wieder aufsetzte, murmelte er in stiller Resignation: „Der Gerechte muß viel erdulden!“

Veranstaltungen.

Die Zentralorganisirten Zimmerer hielten am Montag, den 11. April (2. Osterfeiertag) den 3. Provinzial-Verbands-Tag für die Provinz Brandenburg ab. Vertreten waren 82 Zahlstellen durch 37 Delegierte. Außerdem war die Agitationskommission durch 3, der Ausschuß des Verbandes durch 1 Mann vertreten.

Dem Bericht der Agitationskommission war zu entnehmen, daß in der Provinz im verflochtenen Jahre große Fortschritte in bezug auf die Ausbreitung der Organisation gemacht sind. Zahlstellen sind gegründet worden in Eberswalde, Lübben, Lehmitz, Landsberg, Sipphne, Rauen und Prigebbe. Eingegangen ist Driesen und Marienwalde. Am Schluß des 4. Quartals 1898 bestanden in der Provinz Brandenburg 29 Zahlstellen mit 1793 Mitgliedern, dagegen am Schluß des 4. Quartals 1897 347 Zahlstellen mit 2368 Mitgliedern. Versammlungen sind 78 abgehalten worden in den verschiedensten Gegenden der Provinz. Außerdem hat sich die Kommission an die Kameraden in mehreren Orten gewandt, wo noch keine Zahlstellen bestehen, so nach Soldin, Rastin, Jossen, Prenslau u. Zur Agitation ist ein Flugblatt in 10 000 Exemplaren verbreitet worden. Auch berichtete die Kommission über mehrere stattgefundenen Lohnbewegungen, auch dieses Jahr stehen mehrere Lohnbewegungen bevor. Die Abrechnung ergab eine Einnahme von 1738,71 M., Ausgabe 1444,87 M., einen Bestand von 293,84 M. Die Kommission wird auf Antrag der Rechnungskommission entlastet. Es wurde nun auf die Zustände im Zimmerergewerbe innerhalb der Provinz Brandenburg und die bevorstehenden Lohnbewegungen näher eingegangen. Nach den Schilderungen der einzelnen Delegierten sieht es an den meisten Orten noch recht traurig aus, und es muß noch sehr viel getan werden, um auch hier die nötige Klärung zu schaffen. Es wurde ein Antrag angenommen, bei zukünftigen Lohnbewegungen rechtzeitig dem Hauptvorstand sowie der Agitationskommission Mittheilung zu machen, ferner verpflichten sich die Delegierten, die vom Hauptvorstand herausgegebenen Extramarken in ihren Zahlstellen nach Kräften zu vertreiben, um die Mittel herbeizuschaffen für die in unserem Beruf bevorstehenden Lohnbewegungen, und in ihrer Umgebung dahin zu wirken, daß alle Zimmerer dem Zentralverband beitreten. Es wird noch eine Resolution angenommen, in welcher die Delegierten ihre Sympathie aussprechen mit der Haltung der Zahlstelle Berlin in dem bedauerlichen Organisationsformstreit. Ferner wird ein Antrag angenommen, den nächsten Provinzial-Verbands-Tage über zwei Jahre stattfinden zu lassen, den Ort hat die Kommission zu bestimmen. Die Stärke der Kommission wurde auf fünf Personen festgesetzt, der Vorsitzende und Kassierer wurden gleich gewählt, als ersterer K u b e - Berlin, als zweiterer F r e i t a g - Charlottenburg, die übrigen drei Personen sollen in den Zahlstellen Berlin und Umgegend gewählt werden. Damit war die Tagesordnung erledigt und es wurde der Verbands-Tage geschlossen.

Zu der hiesigen Zahlstelle des Verbandes der in Buchbindereien zc. beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen hielt am 4. April Herr Walded Manasse einen Vortrag über: „Der Kampf ums Dasein“. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung gelangte ein Antrag der Bevollmächtigten, die Zahlstelle Beuthstr. 21 (Restaurant „Zur Neuen Post“) mit der Hauptzahlstelle der „Freien Hilfs-Krankenkasse der Buchbinder“ zusammen vom 16. April ab nach Alte Jakobstr. 75 bei Feuerstein (Vereinzimmer) zu verlegen, zur Annahme. Ferner wies Brückner auf die in letzter Nummer der „Buchbinder-Zeitung“ enthaltene Bekanntmachung des Verbandsvorstandes hin, wonach die Arbeitslosenunterstützung bis zum Gesamtbetrage von 20 und 40 M. nun doch vom 1. April zur Auszahlung gelangen und die tägliche Unterstützung von 50 und 75 Pf. dagegen beibehalten werden soll. Der Redner ersuchte, die in der Versammlung vom 21. März angenommene Resolution als erledigt zu betrachten. Weiter gab Brückner das Resultat der Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse der Buchbinder bekannt, danach hat die Liste der organisirten Mitglieder 894 Stimmen, die der unorganisirten 829, ersterer 505 Stimmen mehr aufzuweisen. Kollege Krause schreibt das für uns günstige Resultat auf Rechnung des bestehenden Vertrauensmännerstems und mahnt zur Wahl der Vertrauenspersonen in Vertretung, die bisher noch keine gewählt haben. Bergmann machte nochmals darauf aufmerksam, daß bei Veränderung der Wohnung die neue Adresse dem Kassierer mitgeteilt werden muß. Zum Schluß wurde zur Beteiligung an der am 25. April bei Feuerstein stattfindenden ordentlichen Generalversammlung aufgefordert.

Arbeiter-Sängerbund Berlin und Umgegend. Am 5. April fand die 8. ordentliche Generalversammlung des Bundes statt. Aus dem Rechenschaftsbericht des Vorstandes ist hervorzuheben, daß der Bund zur Zeit aus 190 Vereinen besteht und demnach, gegen voriges Geschäftsjahr, um 11 Vereine zurückgegangen ist. Dies ist darauf zurückzuführen, daß die kleineren Vereine sich zum Theil zu Gunsten der größeren aufgelöst und verschmolzen haben. Die Zusammenstellung der Vereine ist folgende: 184 Männerchöre, 5 gemischte Chöre und 1 Damenchor. In Berlin domiciliren 116 und in der Umgegend 74 Vereine. Die Gesamtzahl der aktiven Sänger beträgt 4100, der passiven 877. — Im verflochtenen Geschäftsjahr fanden 10 Uebungsstunden und 6 Ausschusshitzungen statt. — Die Zusammenstellung der Kassenübersicht ergibt eine Einnahme von 3784,39 M. und eine Ausgabe von 3069,88 M., bleibt demnach ein Kassenbestand von 714,51 M. An Unterstutzungen sind insgesamt 1550,00 M. bewilligt und gezahlt worden. Die Kasse ist von den Revisoren geprüft und für richtig befunden worden; dem Kassierer Kaiser wurde Decharge erteilt. Die auf Aenderung des Statuts gestellten Anträge wurden abgelehnt. In der hierauf folgenden Wahl des Vorstandes sind die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt. — Der Vorsitzende richtete zum Schluß einen warmen Appell an die Mitglieder, sich an den Arrangements des Bundes mehr und besser zu beteiligen, ebenfalls zur Kaiserfeier, wenn die Aufforderung an sie ergehen sollte, alle Mann pünktlich und thätig am Platze zu sein, um den Gesang wirkungsvoll zu gestalten. — **Verichtigung.** Herr E. Damrich, Werkstat für Bildhauerarbeiten, sendet ein Schreiben, in welchem die Angaben, die in einer Studatens-Verammlung über genannte Firma gemacht wurden (vergl. Bericht in Nr. 84 des „Vorwärts“ vom 10. April), als unwarh bezeichnet werden. Es werde kein Geset mit 30 Pf. Stundenlohn beschäftigt, nur einer erhalte „auf seinen eigenen

Wunsch“ einen Stundenlohn von 37 Pf., während sämtliche andere Geset tarifmäßig 45 Pf. pro Stunde erhielten.

Am Schluß seines Schreibens drückt Herr Damrich den Wunsch aus, man möge doch in den Versammlungen wahrheitsgemäß berichten. Dem können wir nur beipflichten und da wir der Ueberzeugung sind, daß Herr Damrich selbst bei der Abfassung der Berichtigung sich streng an die Wahrheit hielt, so wären wir in der That sehr begierig, den merkwürdigen Arbeiter, der „auf seinen eigenen Wunsch“ pro Stunde 8 Pfennige weniger erhält als seine Kollegen, näher kennen zu lernen.

Verband deutscher Barbier, Friseur- und Perrückenmacher-Schiffen. Heute Abend 10 1/2 Uhr bei Schiller, Rosenthalerstr. 67: Versammlung. Gäste willkommen.

Berliner Naturheilverein II. Heute Abend 8 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Vereins Kaufleute, Beuthstr. 20. Vortrag des Herrn J. Thiel aus Eberfeld.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Donnerstag und Freitag von 6 bis 7 Uhr abends statt.

W. S. 50. Widerspruch wäre erfolglos. Nach dem Zuzugel muß jedes Kind vor Ablauf des auf sein Geburtsjahr folgenden Kalenderjahres getauft werden, falls es nicht nach ärztlichem Zeugnis die natürlichen Platten überstanden hat. — **W. S. 74.** Der Wirth hat das Recht. — **W. S. 100.** Ja. — **W. S. Genosse.** Die Wissenschaft ist noch nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. — **W. Nixdorf.** Rein.

Witterungsübersicht vom 13. April 1898, morgens 8 Uhr.

Stationen.	Barometerstand in mm, redbauert auf d. Meeressp.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1—12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (20 G., 40 R.).
Swinemünde . . .	756	ONO	5	Regen	6
Hamburg . . .	769	R	3	bedeckt	4
Berlin . . .	764	W	4	Regen	9
Wiesbaden . . .	758	WSW	2	bedeckt	7
München . . .	758	W	7	Regen	4
Wien . . .	758	WSW	4	wolkenlos	7
Saparanda . . .	770	NO	2	wolkenlos	— 6
Petersburg . . .	—	—	—	—	—
Cost . . .	753	SSW	8	Regen	10
Aberdeen . . .	757	SO	5	wolfig	8
Paris . . .	768	WSW	3	wolfig	6

Wetter-Prognose für Donnerstag, 14. April 1898. Zunächst kühl, zeitweise heiter, bei mäßigen südöstlichen Winden; nachher neue Erwärmung, Trübung und etwas Regen. Berliner Wetterbureau.

Arbeiter-Bildungsschule.

Am Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, in Stabernack's Salon, Inselstrasse 10:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und der Revisoren. 2. Wahl des Vorstandes und zweier Revisoren. 3. Verschiedenes. 4/19
Mitgliedsbuch legitimirt.
Beiträge werden entgegen genommen. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Buchdrucker!

Am Donnerstag, den 14. April, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der Arminhallen, Kommandantenstraße 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abg. ordneten Felts Herbert-Stettin über: „Die Aufgaben einer Arbeiter-Organisation“. 2. Diskussion. 3. Bericht über den Verlauf des am 1. und 2. Osterfeiertag abgehaltenen Kongresses in Halle. 4. Verschiedenes. Der Eisenarbeiter.
Diese Versammlung soll zu gleicher Zeit eine Protestkundgebung gegen die von seiten des Verbandesvorstandes vorgenommenen Ausschüsse der Kollegen Ewald, Klein und Wilhelm sein und hierzu alle Tarifgemeinschaftsgegner und Gegner der Ausschüsse eingeladen.
25/4

Achtung! Zimmerer. Achtung!

Donnerstag, den 14. April, abends 8 Uhr, bei Lange, Dragonerstrasse No. 15:

Platzdeputirten-Sitzung.

Tages-Ordnung: 1. Stellungnahme zum ersten Ref. 2. Stellungnahme zur Regelung der diesjährigen Vorkontrolle. 3. Regelung der Unterstützungs-Gelände. 4. Verschiedenes. 256/7
Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es unbedingt nötig, daß von jeder Arbeitsstelle ein Deputirter anwesend ist.
Die Lohnkommission.

Fachverein der Holz- und Bretterträger

Berlin und Umgegend.
Sonntag, 17. April, vormittags 10 1/2 Uhr, bei Wilke, Andreasstrasse No. 26:

Mitglieder-Versammlung

84/5 Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1898. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Vereinsangelegenheiten.
Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vorstand.

Achtung! Maurer. Achtung!

Am Sonntag, den 17. April, vormittags 10 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27c:

General-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlin und Umgegend.
129/8 Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Bericht des Kassiers, der Revisoren und des Ausschusses. 3. Wahl des Gesamtvorstandes, Revisoren und Ausschussmitglieder. 4. Die Kasse. 5. Vereinsangelegenheiten.
Die Mitglieder werden erucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Der Vorstand. F. K.: Fr. Kator.

Achtung! Studatene. Achtung!

Die Sitzung der Lohnkommission findet nicht Donnerstag, sondern Freitag, den 15. d. M. bei Schünemann statt. Zu dieser Sitzung sind sämtliche Schuldner des früheren Fachvereins, sowie die der Doffentlichkeit eingeladen.
173/8
Carl Daschütz, Vertrauensmann.

